

# 03 / 04 / 05 / 18

# Streife

Das Magazin der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen



  
BEI STAU: **RETTUNGSGASSE** BILDEN!

## Wer hat's erfunden?

Die Rettungsgasse – eine gute Idee aus NRW

> **KEEAS: ANALYSE ZU TÜRKISCH-LIBANESISCHEN FAMILIENCLANS**

> **AUSLANDSEINSÄTZE: MINISTER REUL BESUCHT TRAININGSKURSE IN BRÜHL**

»Die Bildung von Rettungsgassen ist heutzutage wichtiger denn je. Gedankenlosigkeit und Unkenntnis kann auf unseren Straßen und Autobahnen Menschenleben gefährden. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen wird alles Erforderliche unternehmen, um die Menschen über diese grundlegenden Vorschriften aufzuklären, aber ebenso festgestellte Verstöße mit aller Konsequenz zu verfolgen.«

**Bernd Heinen**  
Inspekteur der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen



Foto: Jochen Tack

**Liebe Leserinnen und Leser,**

»Stau? Rettungsgasse!« – sicherlich ist Ihnen dieser Hinweis schon mehrfach beim Vorbeifahren auf unseren Bannern ins Auge gesprungen. Kein Wunder, schließlich hängen davon seit einigen Wochen 250 Exemplare an den Autobahnbrücken unseres Landes. Es ist ein elementares Thema, das wir den Menschen ins Gedächtnis rufen möchten. Denn auch Gedankenlosigkeit und Unkenntnis kann auf unseren Straßen und Autobahnen Menschenleben gefährden.

Im Juli 2017 kamen bei einem tragischen Verkehrsunfall auf der A9 in Bayern 18 Menschen in einem brennenden Bus ums Leben. Auf dem Weg zum Unfallort verloren die Rettungskräfte damals wertvolle Zeit, weil die Rettungsgasse nicht richtig gebildet worden war. Die Bilder von Einsatzkräften, die nicht oder durch Behinderungen nur verspätet zu Unfallorten gelangen konnten, sind Ihnen sicherlich präsent.

Die Bildung der Rettungsgasse ist ein wichtiges Thema, das allerdings nicht neu ist: 1963 war es der damals 26-jährige nordrhein-westfälische Verkehrspolizist Karl-Heinz Kalow, der nach einem schweren Verkehrsunfall durch ein Schreiben an das zuständige Ministerium die Einführung einer Gasse zur Durchfahrt für Einsatzfahrzeuge in die straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften initiierte.

Die Problematik hat bis heute an Aktualität nichts eingebüßt. Im Gegenteil! Das Verkehrsaufkommen auf unseren Straßen hat erheblich zugenommen. Die Pendlerströme, insbesondere in den Ballungsräumen, sind massiv gewachsen. Der Schwerlastverkehr ist in NRW als Transitland stark angestiegen. Hinzu kommen zahlreiche erforderliche Baumaßnahmen zum Erhalt unserer Straßennetze. Unverkennbar ist, dass dies zu einer deutlichen Zunahme von Staus und dadurch zur Erhöhung des Unfallrisikos führt. Die Bildung von Rettungsgassen ist daher wichtiger denn je. In der Konsequenz wurden daher die einschlägigen Vorschriften zuletzt im Dezember 2016 vereinfacht und die Bußgelder im Oktober 2017 empfindlich erhöht.

Die Polizei in Nordrhein-Westfalen wird daher – auch weiterhin – alles Erforderliche unternehmen, um die Menschen über diese grundlegenden Vorschriften aufzuklären, aber ebenso festgestellte Verstöße mit aller Konsequenz zu verfolgen. Denn am Ende muss allen bewusst sein: Jeder kann Opfer eines Verkehrsunfalls werden und dann selbst schnelle und überlebenswichtige Hilfe benötigen.

Die gute Nachricht ist: Jeder kann durch die korrekte Bildung der Rettungsgasse seinen Beitrag zur Hilfe leisten! Menschen, die nach schweren Verkehrsunfällen Hilfe benötigen, sind auf diesen Beitrag angewiesen.

**Ihr Bernd Heinen**

## INHALT

- 02 \_\_ Editorial
- 43 \_\_ Impressum

## TITEL

- 04 \_\_ **Kampagne Rettungsgasse**  
250 Banner an Autobahnbrücken
- 10 \_\_ **So schnell wie möglich durch den Stau zum Unfallort** Ein Verkehrspolizist aus NRW erfand die Rettungsgasse

## VERKEHR

- 14 \_\_ **Verkehrsunfallstatistik NRW 2017**  
16 Tote bei schweren Auffahrunfällen an Stau-Enden
- 20 \_\_ **Tödliche Motorradunfälle**  
Häufigste Unfallursache ist das Fehlverhalten der Fahrer

## KRIMINALITÄT

- 24 \_\_ **Polizeiliche Kriminalstatistik 2017 für NRW** »Nordrhein-Westfalen ist nachweisbar sicherer geworden«
- 28 \_\_ **Libanesischer Familienclans**  
Das Projekt »KEEAS«

## EINSATZ

- 30 \_\_ **Erfahrungen von Auslandsverwendungen für NRW nutzen** Innenminister Reul besucht Trainingskurse in Brühl
- 32 \_\_ **Die Polizei muss überall sein, wo die Menschen sind** Bürger und Medien direkt und unmittelbar auf Twitter und Facebook erreichen

## TECHNIK

- 36 \_\_ **Gute Luft im Polizeirevier**  
Polizeibehörden testen Elektroroller

## RECHT

- 38 \_\_ **Aktuelle Hinweise zum Waffenrecht** Neuauflage des Faltblatts »Waffenkalender« erschienen

## PERSONALIEN

- 39 \_\_ **Neuer Leiter der Direktion Kriminalität beim PP Dortmund**  
LKD Walter Kemper erhielt seine Ernennungsurkunde

## SPORT

- 40 \_\_ **Polizeilandesmeisterschaften im Schwimmen und Retten 2018** Gold für NRW-Sportlerinnen und -Sportler
- 41 \_\_ **Fünfte Europäische Polizeimeisterschaft (EPM) im Handball** Deutschland ist Europameister im Handball der Frauen

## PREISRÄTSEL

- 42 \_\_ **Wolfgang Niedeckens BAP – die Tournee 2018** Die »Streifen« verlost 5 x 2 Stehplatztickets für Köln



**10** WER HAT DIE RETTUNGSGASSE ERFUNDEN? – DER NRW-POLIZIST KARL HEINZ KALOW AUS MÜNSTER



**32** SOCIAL MEDIA BEIM PP DORTMUND – SCHNELL, AKTUELL UND BÜRGERNAH



**36** UMWELTBEWUSSTE FUHRPARKERGÄNZUNG – EINSTIEG IN ELEKTROMOBILITÄT BEI DER POLIZEI IN NRW



Fotos (2): Jochen Tack

# KAMPAGNE »RETTUNGSGASSE!«

Banner werben für die Rettungsgasse bei Stau und stockendem Verkehr



Zu viele Verkehrsteilnehmer tun sich noch immer schwer, im Stau oder bei stockendem Verkehr eine Rettungsgasse zu bilden. Dabei gefährdet eine blockierte Fahrbahn das Leben von Unfallopfern, wenn den Rettungskräften der Zugang zur Unfallstelle versperrt wird. In einer Gemeinschaftsaktion, die Bestandteil des Konzeptes »Rettungsgasse!« ist, werben das Ministerium für Verkehr NRW und das Innenministerium des Landes gemeinsam mit der Landesverkehrswacht, der Autobahnpolizei und Straßen.NRW für mehr Rücksichtnahme im Straßenverkehr. Dazu werden 250 Banner an Autobahnbrücken in Nordrhein-Westfalen montiert.

**E**igentlich sollte Verkehrsteilnehmern bekannt sein, dass sie bei einem Stau oder stockendem Verkehr zum Bilden einer Rettungsgasse verpflichtet sind. Die Erfahrungen der Polizei und der Rettungskräfte zeigen allerdings, dass es in der Realität häufig so ist, dass die Rettungsgasse nicht korrekt oder überhaupt nicht gebildet wird. Dabei kann es für die Unfallopfer schlimme Folgen haben, wenn die Rettungskräfte den Unfallort erst spät erreichen können. Die seit letztem Herbst erhöhten Bußgelder von mindestens 200 Euro haben bislang leider kaum dazu geführt, dass Verkehrsteilnehmer bei Stau oder stockendem Verkehr eine Rettungsgasse bilden. Mit großflächigen Bannern werben deshalb jetzt das Verkehrs- und das Innenministerium des Landes Nordrhein Westfalen gemeinsam mit Landesverkehrswacht, Autobahnpolizei und Straßen.NRW für mehr Rücksichtnahme. >

**250 Banner wurden an  
Autobahnbrücken  
in Nordrhein-Westfalen  
montiert.**

Die Bildung einer Rettungsgasse ermöglicht Polizei und Rettungskräften ein schnelles Eintreffen am Unfallort.



Fotos (3): Jochen Tack

Bleibt im Stau kein Fahrstreifen frei, kommt bei Notfällen jede Hilfe zu spät. Dabei kommt es bei schweren Unfällen für die Verletzten oft auf jede Sekunde an.

## Die Rettungsgasse rettet Leben

Auf den Bannern ist unter anderem eine Fahrbahn mit drei Fahrstreifen abgebildet. Zwischen dem linken und dem mittleren Fahrstreifen ist in blauer Farbe ein Blaulichtsymbol erkennbar. So wird bildhaft gemacht, wo und wie die Verkehrsteilnehmer im Stau oder bei stockendem Verkehr die Rettungsgasse bilden müssen. Dazu ist der Slogan »Stau? Rettungsgasse!« in schwarzer Schrift auf gelbem Hintergrund deutlich erkennbar. Aufgrund der Diversität der Verkehrsteilnehmer, auch bedingt durch die internationale Bedeutung von Verkehrsrouten im Transitland NRW, werden ebenfalls Banner mit dem Aufdruck: »Stop-and-go? Move over!« aufgehängt. NRW-Innenminister Herbert Reul sagte anlässlich der Vorstellung der Kampagne »Rettungsgasse bilden!« am 19. März: »Mit den Bannern möchten wir den Menschen in Nordrhein-Westfalen zeigen, wie sie eine Rettungsgasse bilden müssen. Nach schweren Unfällen kommt es auf jede Sekunde an.

Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte müssen schnell vor Ort sein, um helfen zu können.« Klaus Vossemer, Vizepräsident der Landesverkehrswacht NRW, erklärte, wie die Rettungsgasse korrekt gebildet wird: »Es ist doch einfach: Auf Straßen mit mindestens zwei Fahrstreifen je Richtung muss bei Stau oder stockendem Verkehr sofort eine freie Gasse für die Durchfahrt von Polizei- und Hilfsfahrzeugen gebildet werden. Wer auf der linken Spur unterwegs ist, hält sich links, auf allen anderen Fahrspuren hält man sich rechts. Der Standstreifen bleibt frei.« >



Die NRW-Polizei wirbt offensiv für die lebenswichtige Rettungsgasse.



### Klarer Appell an die Autofahrer

Noch immer denken viele Verkehrsteilnehmer viel zu spät an die Rettungsgasse; oft erst, wenn bereits das Martinshorn ertönt. In einer ADAC-Studie wussten nur 53 Prozent der Befragten, dass sie bei Stau eine Rettungsgasse bilden müssen. »Jeder sollte sich klarmachen, dass er vielleicht selbst einmal Opfer eines Verkehrsunfalls sein könnte und dann kommt es auf die entscheidenden Sekunden an, bis die Rettungskräfte am Unfallort sind«, mahnt der Leitende Polizeidirektor (LPD) Rüdiger Wollgramm, Leiter des Verkehrsreferats im NRW-Innenministerium. Fehlende oder zu spät gebildete Rettungsgassen sorgen dafür, dass die Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten, Notärzten und Räumfahrzeugen erst sehr spät, in drastischen Fällen sogar nur zu Fuß an die Unfallstelle gelangen. Neben der akuten Gefahr für die Unfallopfer trägt dies auch zu einer längeren Dauer von Staus bei.

Die von der Landesverkehrswacht erstellten 250 Banner werden landesweit von Mitarbeitern der Autobahnmeistereien von Straßen.NRW an Autobahnbrücken angebracht. Dort sollen sie ein halbes Jahr lang die Autofahrerinnen und Autofahrer auf die Vorschrift zum Bilden der Rettungsgasse aufmerksam machen. »Je mehr Köpfe wir erreichen, desto eher setzt sich auch ein korrektes Verhalten durch. Oft genügt es schon, wenn eine Person den Anfang macht und sich als Vorbild regelkonform verhält. Häufig tritt dann ein Dominoeffekt ein, sodass sich bald alle Verkehrsteilnehmer korrekt verhalten und die Rettungsgasse bilden«, erläutert LPD Rüdiger Wollgramm. // Alexander Lorber



Wenn Sie im Stau stehen, denken Sie an die Rettungsgasse.



Warten Sie nicht erst, bis die Einsatzkräfte kommen.



Rettungsgasse (§11, Abs. 2 Straßenverkehrs-Ordnung)

<b>Verstoß</b>	<b>Punkte</b>	<b>Euro</b>	<b>Fahrverbot (Monate)</b>
Rettungsgasse nicht vorschriftsmäßig gebildet	2	200 €	–
Rettungsgasse nicht vorschriftsmäßig gebildet + Behinderung von Polizei- oder Hilfsfahrzeugen	2	240 €	1
Rettungsgasse nicht vorschriftsmäßig gebildet + Gefährdung von Polizei- oder Hilfsfahrzeugen	2	280 €	1
Rettungsgasse nicht vorschriftsmäßig gebildet + Unfall	2	320 €	1



Fotos (4): Jochen Tack

Die auffälligen Banner hängen an Autobahnbrücken in ganz NRW und sollen noch mindestens ein halbes Jahr die Verkehrsteilnehmenden auf die Rettungsgasse im Stau hinweisen.



Fotos (2): Jochen Tack

Das schöne Modell eines Porsche der Polizei ist eines der Erinnerungsstücke aus Kalows Zeit im Polizeidienst.

## So schnell wie möglich durch den Stau zum Unfallort Ein Verkehrspolizist aus NRW erfand die Rettungsgasse

Um Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften beim Stau auf der Autobahn einen Weg zum Unfallort freizuhalten, ist die Bildung einer Rettungsgasse überlebenswichtig. Es ist kaum vorstellbar, dass es dazu in den frühen Jahren der Bundesrepublik noch keine einheitliche Regelung in der Straßenverkehrsordnung gab. Bis Karl-Heinz Kalow einen Gesetzesvorschlag schrieb und an die damalige NRW-Landesregierung schickte. Er war damals Polizeihauptwachtmeister bei der Autobahnpolizei in Münster. Seit 1970 ist sein Gesetzesvorschlag rechtsgültig. Die »Streifen« hat den inzwischen 81-jährigen Erfinder der Rettungsgasse zu Hause in Münster besucht.

Die Erinnerungen an seinen Polizeidienst bewahrt Karl-Heinz Kalow im Wohnzimmerschrank auf. Darunter seine alten Schulterabzeichen und ein kleines Polizeiauto in Modellgröße. Er holt ein unscheinbares Album mit ledernem Umschlag aus dem Regal, in dem er sorgfältig alle Fotos

gesammelt hat, die während seiner Dienstzeit bei der Verkehrspolizei entstanden sind. »Damals nannten sie uns die »Weißen Mäuse«, wenn wir mit weißen Streifenwagen über die Autobahn fahren«, erzählt Kalow. Es sind aber auch Bilder von schweren Autounfällen in dem Buch zu sehen, darunter Auffahrunfälle, brennende Pkws und demolierte Lastwagen. Als erster Schritt für mehr Verkehrssicherheit wurden damals flächendeckende Mittelschutzplanken eingeführt, sodass die Fahrer bei Übermüdung zumindest nicht auf die Gegenfahrbahn geraten konnten. »Sicher war das Verkehrsaufkommen zu dieser Zeit noch nicht so stark wie heute, aber bei einem Unfall war die Autobahn auch zu meiner Zeit sehr schnell dicht«, erinnert sich Kalow. Er habe einen Fall erlebt, da konnte ein Lastzug am Stauende nicht mehr rechtzeitig bremsen und versuchte, zwischen den beiden Fahrstreifen auszuweichen. Die Lücke war jedoch zu eng. Dadurch kam es zu einem schweren Verkehrsunfall, 14 Fahrzeuge wurden schwer beschädigt. Dieser Unfall brachte den damals 26-jährigen

Verkehrspolizisten auf eine Idee. Es fehlte eine Lösung, wie die Rettungskräfte bei einem Stau schnellstmöglich zum Unfallort gelangen könnten. Das müsste doch einmal gesetzlich geregelt werden, dachte sich Kalow.

### Eine Idee wird zum Gesetz

Gesagt, getan. Er nahm Stift und Papier in die Hand und begann mit einigen Skizzen. Wie müsste der Verkehr geregelt werden, um Polizei und Rettungskräften genügend Platz für die Durchfahrt zu gewähren? Es gab zwar den Paragraphen 48 in der Straßenverkehrsordnung (StVO). Der schrieb den Autofahrern vor, die Fahrbahn für Einsatzfahrzeuge zu räumen. Allerdings war nirgends klar formuliert, wie sich die Fahrer dabei genau zu verhalten hatten. Deshalb dachte sich der junge Polizeihauptwachtmeister eine einfache Regel aus: Die Fahrzeuge auf dem rechten Fahrstreifen müssten scharf rechts auf den Randstreifen fahren, während die Fahrer auf dem Überholstreifen scharf links heranfahren müssten, damit die Mitte für Krankenwagen, Feuerwehr und Polizei frei bliebe. An drei- oder vierstreifige Autobahnen dachte Kalow damals noch nicht. »Bei Einsätzen fanden wir es immer wieder ärgerlich, dass die Verkehrsteilnehmer auf unser Erscheinen gar nicht eingestellt waren«, sagt Kalow. Bei einem Stau mit einer Länge von 20 Kilometern kann ein hoher Zeitverlust für die Einsatzfahrzeuge fatale Folgen für die Verletzten haben. Schließlich zählt im Notfall jede Sekunde. Zudem gilt das Stauende als großer Gefahrenpunkt für weitere Unfälle. Wenn die Fahrer sich einem Stau nähern und zu spät abbremsen, können weitere schwere Unfälle passieren. Würden die Verkehrsteilnehmer eine Rettungsgasse bilden, könnte ein Fahrzeug im Notfall die Fahrbahnmitte zum sicheren Bremsen benutzen. Kalows Vorschlag brachte somit gleich mehrere Vorteile: Er beugt schweren Unfällen am Stauende vor und ermöglicht der Polizei eine schnelle Verkehrsregelung.

Karl-Heinz Kalow schrieb eine ausführliche Begründung seines Gesetzesvorschlags und schickte das Schreiben am 29. März 1963 an den Innenministeriellen Ausschuss für das behördliche Vorschlagswesen. Doch zunächst hörte er lange nichts.

### Grünes Licht für die Rettungsgasse

Es vergingen einige Jahre, in denen Kalows Vorschlag geprüft wurde. Schließlich erhielt er im Jahr 1966 einen Brief aus dem NRW-Innenministerium. Darin stand, dass der damalige nordrhein-westfälische Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, Prof. Dr. Bruno Gleitze, Kalows Vorschlag in den Entwurf einer neuen StVO aufgenommen habe. Eine abschließende Beratung stehe aber noch aus. Am 14. März 1967 schließlich kam dann der endgültige Beschluss – vier Jahre nach der Einreichung seines Vorschlags. Es dauerte dann noch weitere drei Jahre, bis die neue StVO 1970 in Kraft trat. Als finanzielle Anerkennung für seinen Vorschlag erhielt Kalow vom Land NRW 100 Deutsche Mark. »Diese kleine Aufmerksamkeit hat mich natürlich gefreut, aber im Vordergrund stand für mich ganz klar, dass mit der neuen Regelung in der StVO viele Menschenleben gerettet werden«, sagt Kalow. Die Rettungsgasse ist mittlerweile nicht nur bundesweit, sondern auch in anderen EU-Ländern wie in Österreich, Slowenien, Ungarn und Tschechien sowie in der Schweiz vorgeschrieben. Leider halten sich bis heute nicht alle Verkehrsteilnehmer an die gesetzliche Regel. Im Juli 2017 kamen auf der Autobahn 9 in Nordbayern in einem brennenden Bus 18 Menschen ums Leben. Der Fahrer des Reisebusses war an einem Stauende aus Unachtsamkeit auf den Anhänger eines Lastwagens aufgefahren. 30 weitere Reisende wurden verletzt, einige von ihnen schwer. Die viel zu schmal gehaltene Rettungsgasse erschwerte vor allem großen Einsatzfahrzeugen das Fortkommen zur Unfallstelle. >



Die geniale Idee zur Rettungsgasse kam dem Verkehrspolizisten Karl-Heinz Kalow bereits im Jahr 1963 in den Sinn.

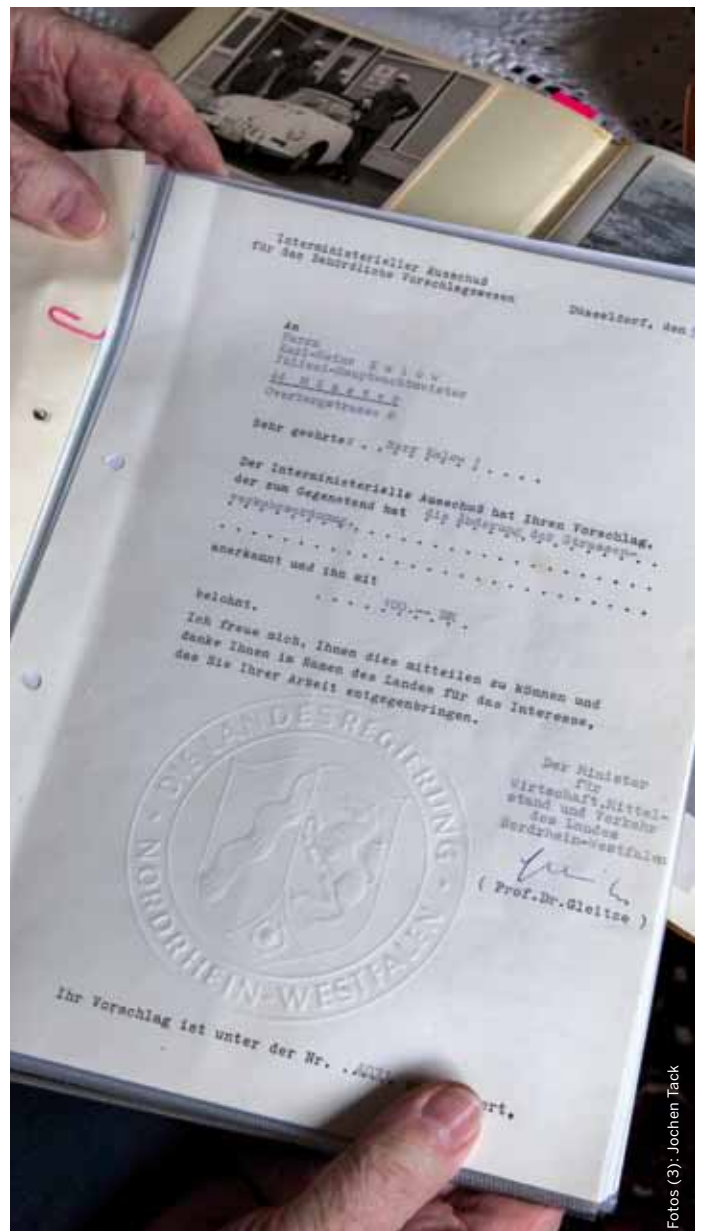


Kalow bewahrt viele Erinnerungsstücke aus den 1960ern auf.

»Die Verbesserung der Rettungskette ist ein wichtiger Beitrag zur Verkehrssicherheit und findet sogar weltweit Berücksichtigung in der von der UN ausgerufenen »Decade of Action«, umgesetzt durch die »Global Road Safety Partnership«.

Auch wenn wir in Deutschland in diesem Bereich vergleichsweise gut aufgestellt sind, ist es absolut sinnvoll, dass die Polizei und andere Träger der Verkehrssicherheitsarbeit alles dafür tun, damit das Bilden einer Rettungsgasse, insbesondere im Stau auf der Autobahn, zum gewohnten Verhalten der Autofahrer wird.«

**Polizeidirektor Heinz Albert Stumpen,**  
Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol)



Fotos (3): Jochen Tack



Natürlich war Kalow als junger Verkehrspolizist auch mit dem Motorrad auf der Straße und freute sich, wenn er anderen Verkehrsteilnehmenden helfen konnte.

### Höhere Bußgelder

Mittlerweile hat die Politik auf das massive Fehlverhalten vieler Autofahrer reagiert. Wer bei stockendem Verkehr auf der Autobahn keine Rettungsgasse für Polizei und Helfer bildet, muss mit einem Bußgeld von mindestens 200 Euro rechnen. Im schwersten Fall drohen ein Bußgeld von bis zu 320 Euro und ein Monat Fahrverbot. Karl-Heinz Kalow begrüßt die härteren Strafen: »Ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, wie respektlos sich einige Autofahrer gegenüber den Helfern und der Polizei verhalten. Gaffer behindern die Einsatzkräfte bei ihrer Arbeit und verursachen in einigen Fällen sogar weitere Unfälle.« Als Kalow selbst noch aktiv im Polizeidienst war, hat er ein solches Maß an Uneinsichtigkeit selten erlebt. »Ich habe viele Unfälle gesehen und weiß, wie schlimm es für die Opfer sein kann. Solche Erlebnisse behält man im Kopf. Da ist schnelle Hilfe dringend notwendig.«

### Ein kleines bisschen Stolz

Heute ist Karl-Heinz Kalow, der mehr als 40 Jahre im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen und davon 37 Jahre bei der Autobahnpolizei beim Regierungspräsidenten in Münster tätig gewesen ist, zurecht stolz auf seinen Beitrag. Die Rettungsgasse war seine Idee und hat unzähligen Unfallopfern das Leben gerettet. Um seinen Verdienst hat der 81-Jährige nie ein großes Aufheben gemacht. Wenn er anderen Menschen von seiner Erfindung erzählt, freut er sich über die erstaunten Gesichter. »Ich hatte vor ein paar Jahren selbst einen kleinen Unfall. Ich erzählte der Polizistin bei der Unfallaufnahme, wie ich auf die Idee mit der Rettungsgasse gekommen bin und dass mein Vorschlag schließlich seinen Weg in die StVO fand. Sie war sehr überrascht und konnte sich kaum vorstellen, dass es früher noch keine gesetzliche Regelung dafür gab.« // Alexander Lorber

### WEITERE INFORMATIONEN ZUM THEMA:

<https://www.grsroadsafety.org/>

[http://www.who.int/roadsafety/decade\\_of\\_action/en/](http://www.who.int/roadsafety/decade_of_action/en/)

# Verkehrsunfallstatistik NRW 2017 16 Tote bei schweren Auffahrunfällen an Stau-Enden

Im Jahr 2017 gab es deutlich mehr Unfälle auf den Straßen in Nordrhein-Westfalen. Das zeigen die Ergebnisse der neuen Verkehrsunfallstatistik für 2017, die NRW-Innenminister Herbert Reul im Februar vorstellte. So gab es im vergangenen Jahr insgesamt 653.801 Verkehrsunfälle. Die Zahl der Verkehrstoten hingegen ist im Vergleich zum Vorjahr um 40 auf insgesamt 484 Menschen zurückgegangen. »Das ist der beste Wert seit vier Jahren«, hob Reul hervor. Eine große Gefahr sind vor allem Unfälle mit Lastkraftwagen an Stau-Enden. Daher sind verstärkte Kontrollen von Lkw-Fahrern ein Teil der neuen »Fachstrategie Verkehrsunfallbekämpfung« der NRW-Polizei. Deutlich mehr Tote gab es 2017 hingegen bei Pedelec-Fahrerinnen und Fahrern. Reul warnte deshalb vor den Gefahren dieses neuen Mobilitäts-Trends.

Die Zahl schwerer Lastwagenunfälle in Nordrhein-Westfalen nimmt weiter zu. Waren es im Jahr 2013 noch 135, wurden 2017 schon 194 schwere Auffahrunfälle mit Lkw-Beteiligung registriert. »Das bedeutet einen Anstieg um rund 44 Prozent in nur fünf Jahren«, erläuterte der Landesinnenminister. Bei allen Unfällen an Stau-Enden mit und ohne Beteiligung von Lastkraftwagen kamen im vergangenen Jahr insgesamt 16 Menschen ums Leben. »Lastwagen können zu tonnenschweren

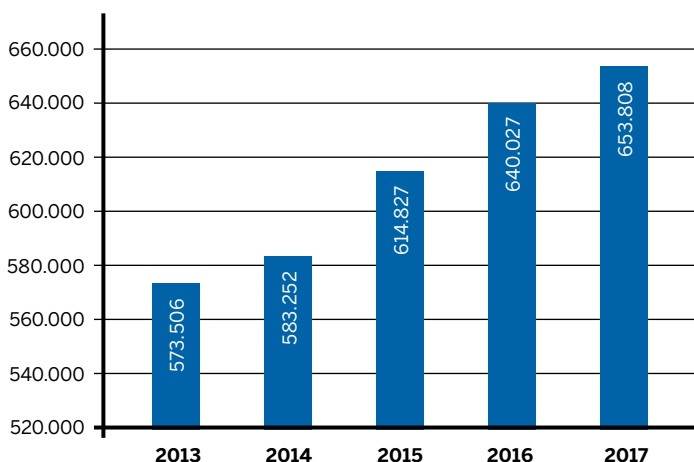
Geschossen werden«, sagte Reul. »Das ist eine große Gefahr, die wir durch geeignete Maßnahmen bannen müssen.« Deshalb macht er sich für europaweit schärfere Vorschriften für Notbremsassistenten stark. Es könne nicht sein, dass diese Assistenten von den Lkw-Fahrern manuell wieder abgeschaltet werden könnten: »Ein abgeschalteter Notbremsassistent ist sinnlos – deshalb gehört er abgeschafft«, so Reul.

## Neue »Fachstrategie Verkehrsunfallbekämpfung«

Damit es nicht noch mehr Unfalltote durch Auffahrunfälle an Stau-Enden gibt, wird die Verkehrsüberwachung intensiviert. Die Polizei in NRW werde auch weiterhin ganz gezielt den Güterverkehr auf den Autobahnen kontrollieren, betonte Reul: »Die verstärkte Überwachung von Lastwagen ist Teil der neuen »Fachstrategie Verkehrsunfallbekämpfung« der nordrhein-westfälischen Polizei.« Bereits zwischen Februar und März 2018 hat die Polizei im Rahmen einer landesweiten Kontrollwoche gezielt Lastwagen und Busse auf Autobahnen überprüft. Die häufigsten Ursachen für Unfälle mit Lkw-Beteiligung sind laut der aktuellen Verkehrsunfallstatistik zu dichtes Auffahren, Übermüdung und Ablenkung. »Wer übermüdet hinterm Steuer sitzt, setzt leichtfertig das Leben von Menschen aufs Spiel«, mahnte der Innenminister. >

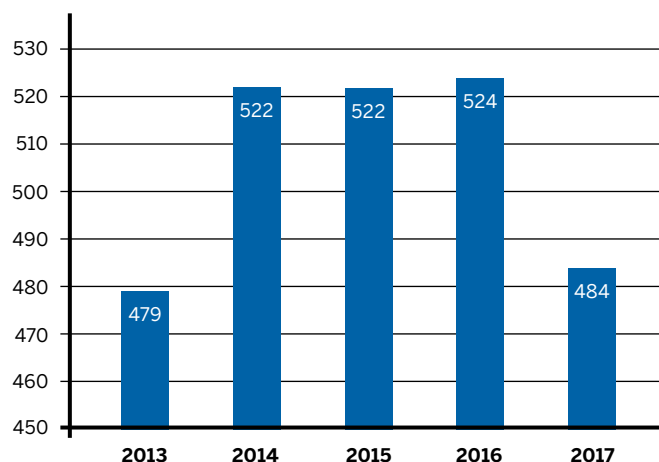
### Anzahl der Verkehrsunfälle

Zeitraum 2013 – 2017



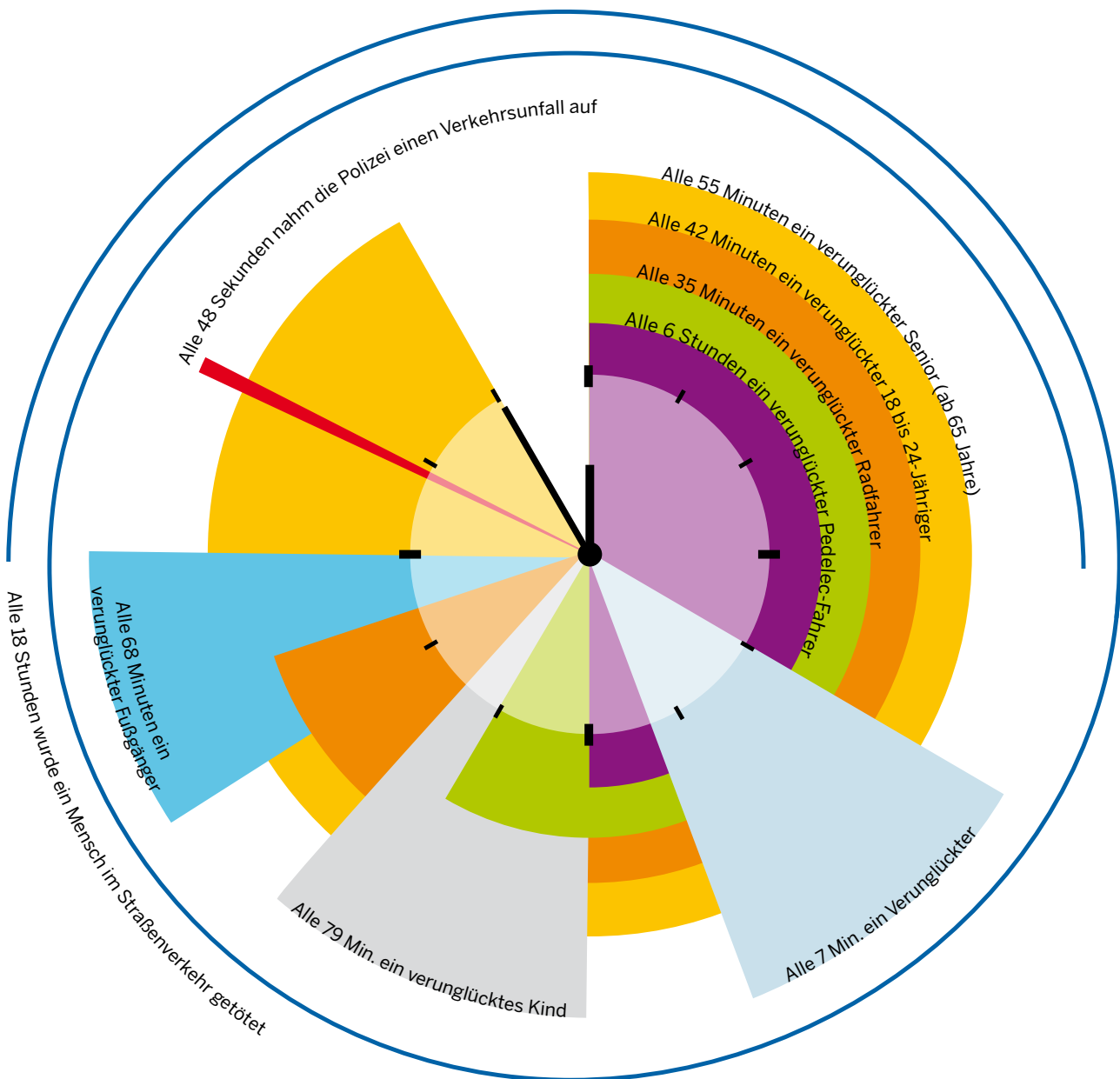
### Verkehrstote

Zeitraum 2013 – 2017



Datenbasis: Endgültige Zahlen der Verkehrsunfallstatistik 2017 | Quelle: IM NRW

Unter »Verunglückte«  
sind Getötete und  
Verletzte zu verstehen



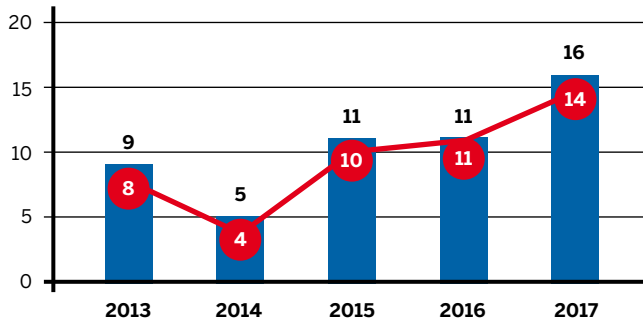
»Auch weil das bisherige Entdeckungsrisiko eher gering ist, werden Strafen teilweise bewusst einkalkuliert. Deswegen ist es unser Ziel, Beamtinnen und Beamte in jeder Kreispolizeibehörde in die Lage zu versetzen, Lastkraftwagen und Busse kontrollieren zu können. Dies erfordert natürlich umfangreiche Fortbildungen und technisches Verständnis. Die Speditionen, aber auch die Fahrerinnen und Fahrer werden daher damit rechnen müssen, dass Lkw und Busse jederzeit kontrolliert und Zuwiderhandlungen konsequent verfolgt werden. Es ist darüber hinaus auch ein Anliegen der Verbände, dass durch verstärkte Kontrollen die schwarzen Schafe der Branche entlarvt und Wettbewerbsverzerrungen minimiert werden. Im Rahmen der ersten landesweiten Schwerpunktkontrollwoche zu Beginn dieses Jahres wurde das Erfordernis von Kontrollen leider eindrucksvoll bestätigt: Bei über der Hälfte der überprüften Kraftfahrzeuge wurde mindestens ein Verstoß festgestellt. Bei jedem zehnten Kraftfahrzeug wurden sogar derart massive Regelübertretungen entdeckt, dass sie nicht weiterfahren durften. Wir kratzen bisher mit den Kontrollen an der Spitze eines Eisbergs, das muss sich ändern, wir werden daher weitere Schwerpunktkontrollwochen durchführen!«

*Leitender Polizeidirektor (LPD) Rüdiger Wollgramm, Referatsleiter Polizeiliche Verkehrsangelegenheiten im Ministerium des Innern des Landes NRW*



## Anzahl der Verkehrsunfälle mit Getöteten auf BAB im Stau mit Beteiligung von Lkw

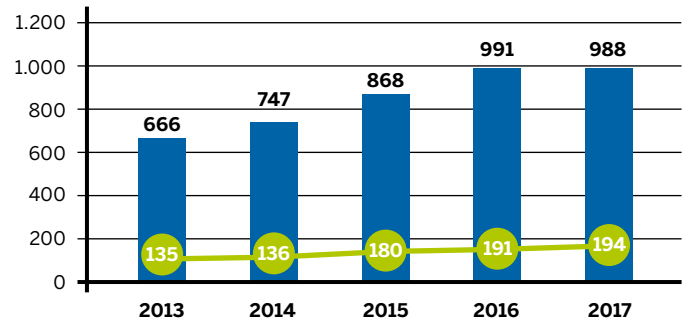
Zeitraum 2013 – 2017



- Anzahl der Verkehrsunfälle mit Getöteten auf BAB im Stau
- Anzahl der Verkehrsunfälle mit Getöteten auf BAB im Stau unter Beteiligung von Lkw

## Schwerwiegende Verkehrsunfälle auf BAB im Stau

Zeitraum 2013 – 2017



- Schwerwiegende Verkehrsunfälle auf BAB im Stau
- Schwerwiegende Verkehrsunfälle auf BAB im Stau mit Lkw als Unfallverursacher

Datenbasis: Endgültige Zahlen der Verkehrsunfallstatistik 2017 | Quelle: IM NRW

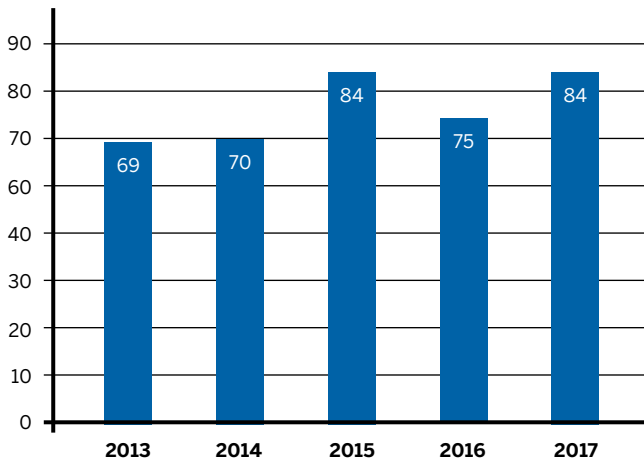


Foto: Jochen Tack

LPD Rüdiger Wollgramm, Leiter des Verkehrsreferats im NRW-Innenministerium, möchte die Kontrollen von Lkws und Bussen ausweiten.

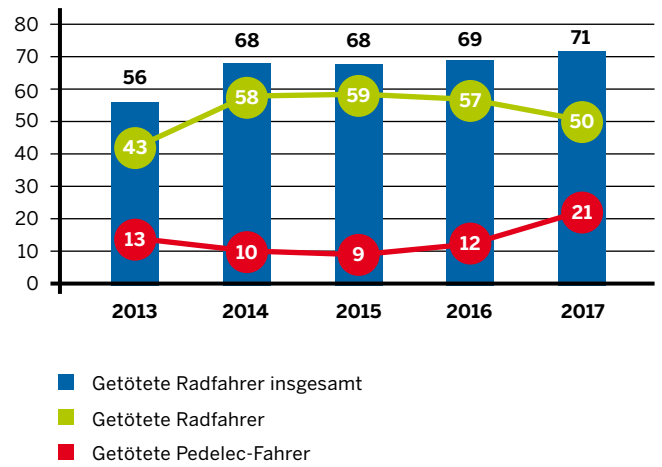
**Getötete Motorradfahrer (inkl. Mitfahrer)**

Zeitraum 2013 – 2017



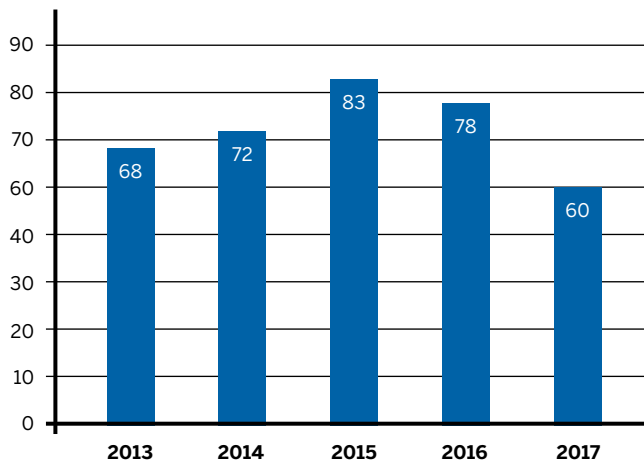
**Getötete Radfahrer und Pedelec-Fahrer**

Zeitraum 2013 – 2017



**Getötete junge Erwachsene (18 – 24 Jahre)**

Zeitraum 2013 – 2017



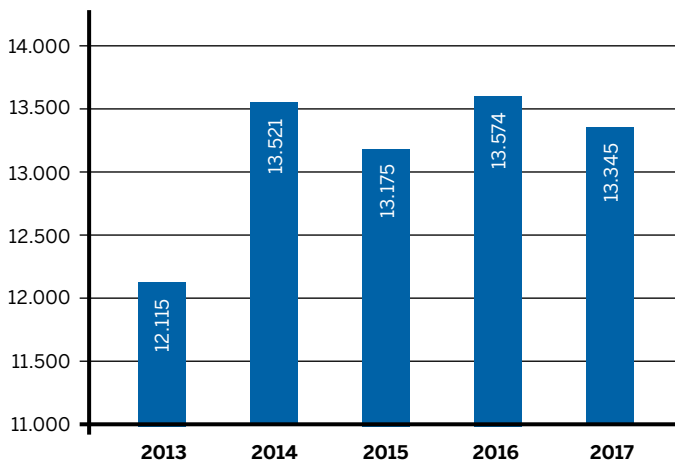
**Auch weniger Verletzte in NRW**

Nicht nur die Zahl der Verkehrstoten in NRW ist 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 40 auf insgesamt 484 Menschen gesunken, es gab auch weniger Verletzte. Wurden 2016 noch insgesamt 13.574 Schwerverletzte gezählt, waren es im Jahr 2017 mit insgesamt 13.345 Schwerverletzten 229 Menschen weniger. Die Anzahl getöteter junger Erwachsener ist im Jahr 2017 auf 60 gesunken. Im Vorjahr waren es noch 78 junge Erwachsene im Alter von 18 bis 24 Jahren, die im Straßenverkehr starben.

Datenbasis: Endgültige Zahlen der Verkehrsunfallstatistik 2017 | Quelle: IM NRW

## Schwerverletzte

Zeitraum 2013 – 2017



### Mehr Motorrad- und Pedelec-Fahrer getötet

Im Jahr 2017 kamen 84 Motorradfahrerinnen und Motorradfahrer auf Nordrhein-Westfalens Straßen ums Leben. Das waren neun mehr als noch im Vorjahr. Die Zahl der getöteten Radfahrerinnen und Radfahrer ist im gleichen Zeitraum zwar von 57 auf 50 gesunken. Demgegenüber ist allerdings die Zahl der getöteten Pedelec-Fahrerinnen und Fahrer von zwölf auf 21 deutlich gestiegen. 18 der getöteten Pedelec-Fahrenden waren 65 Jahre oder älter. Innenminister Reul warnte daher vor den häufig unterschätzten Gefahren des neuen Mobilitäts-Trends: »Pedelecs sind vor allem bei Senioren beliebt. Sie halten fit und mobil. Aber mit dem eingebauten Rückenwind werden Geschwindigkeiten erreicht, die zu Überforderung und Fehleinschätzung führen können.« Gerade für Wieder- oder Neueinsteiger sei es besonders wichtig, das Pedelec-Fahren zu üben und einen Helm zu tragen. Reul empfahl auch die Teilnahme an einem Fahrsicherheitstraining, wie es beispielsweise von den Verkehrswachten angeboten wird.

/// Alexander Lorber



Innenminister Herbert Reul besichtigte das Verkehrspräventionsprojekt »Am Limit lenkt der Zufall« der Wuppertaler Polizei und mahnt die Motorradbegeisterten zu sicherheitsbewusstem Fahren.

## Tödliche Motorradunfälle

### Häufigste Unfallursache ist das Fehlverhalten der Fahrer

---



Schutzkleidung und ein angemessenes Tempo bringen mehr Sicherheit.

Zum Start der Motorradsaison appelliert NRW-Innenminister Herbert Reul an alle Motorradfahrerinnen und Motorradfahrer, mit erhöhtem Sicherheitsbewußtsein auf den Straßen unterwegs zu sein. Noch immer kommen in Nordrhein-Westfalen zu viele Motorradfahrer bei schweren Unfällen durch Waghalsigkeit und zu hohes Tempo ums Leben.

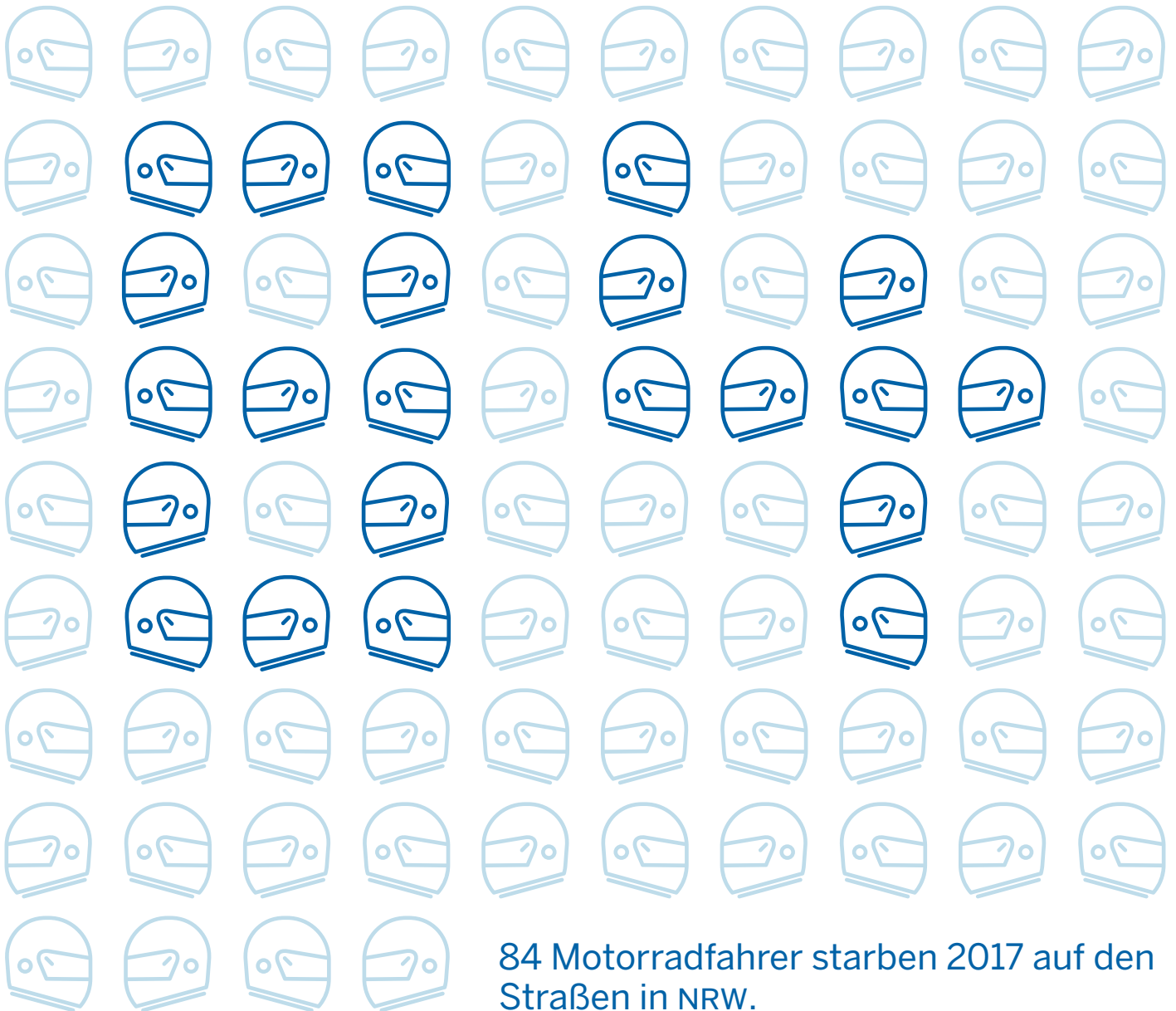
**D**er Frühling lockt wieder viele Motorradbegeisterte auf die Straßen. Allerdings überschätzen viele Biker die hohen Geschwindigkeiten und riskieren damit schwere Unfälle. »Motorradfahrer haben keinen Sicherheitsgurt und keinen Airbag. Deshalb kommt es umso mehr auf das eigene Verhalten und die richtige Schutzkleidung mit Protektoren und Warnwesten an«, sagte Reul Ende März in Wuppertal. Dort warb er gemeinsam mit der nordrhein-westfälischen Polizei sowie Motorradfahrerinnen und Motorradfahrern für mehr Sicherheitsbewusstsein. >



Demonstration der Erstversorgung eines verletzten Motorradfahrers.



Fotos (4): Ralph Lueger



## 84 Motorradfahrer starben 2017 auf den Straßen in NRW.

### Tödliche Unfälle vermeiden

Am Rande einer beliebten Bikerstrecke an der L 74 besuchte der Minister eine Informationsveranstaltung des Verkehrspräventionsprojektes »Am Limit lenkt der Zufall« der Wuppertaler Polizei. Private Motorradfahrerinnen und Motorradfahrer engagieren sich hier als »Limiter« in einer Prävention auf Augenhöhe. Sie tauschen Erfahrungen aus und bieten Übungen an. Sie zeigen beispielsweise, wie durch richtiges Bremsen und vorausschauendes Fahren Unfälle verhindert werden können. Das Netzwerk möchte durch gemeinsame »Er-Fahrungen«, das Herausstellen der Eigenverantwortung und das persönliche Werben für die Schaffung eigener Reserven positiv auf die Verkehrssicherheit von Motorradfahrerinnen und Motorradfahrern einwirken. »Für Motorradfahrer ist es überlebenswichtig, die eigene Geschwindigkeit und die Maschine richtig einschätzen zu können«, betonte Reul. Noch immer sind viele Motorradfahrer mit zu hoher Geschwindigkeit unterwegs. Dadurch sind allein im vergangenen Jahr insgesamt

84 Motorradfahrer gestorben. Mehr als jeder zweite von ihnen hatte den Unfall selbst verursacht. »Das ist eine traurige Entwicklung. Gerade Fahranfänger und Wiedereinsteiger sind hier besonders betroffen«, so Reul. Waghalsigkeit, mangelnde Fahrpraxis und Selbstüberschätzung mit leistungsstarken Maschinen führen zu folgenschweren Unfällen. »Deshalb ist es besonders wichtig, als Anfänger oder nach einer längeren Pause ein Fahr- und Sicherheitstraining zu absolvieren«, sagte der Minister.

### Biker werden häufig übersehen

Reul wandte sich aber auch an die Autofahrer. Denn ein Drittel der Unfälle geschah, weil sie den Bikern die Vorfahrt nahmen oder beim Abbiegen mit ihnen kollidierten. »Die Autofahrer müssen sich im Frühjahr auch wieder an die Biker auf den Straßen gewöhnen. Häufig wird die Geschwindigkeit von entgegenkommenden Motorrädern unterschätzt. Deshalb müssen alle besonders aufmerksam sein«, appellierte Reul. // Redaktion Streife



Foto: Ralph Lueger

Warnwesten können dazu beitragen, dass Autofahrer schneller auf Motorradfahrerinnen und -fahrer aufmerksam werden.

## DIE FOLGEN EINES MOTORRADUNFALLS

Auf die Gefahren und Folgen weist auch Timo Nitsche in einem anlässlich des Starts der Motorradsaison veröffentlichten Video hin. Durch einen Verkehrsunfall mit seinem Motorrad verlor er sein linkes Bein. Der Angehörige einer Freiwilligen Feuerwehr engagiert sich ehrenamtlich bei Crash Kurs NRW und schildert dort eindrücklich seine eigenen Erlebnisse.

## VERKEHRSPRÄVENTIONSPROJEKT

Mehr Informationen über die Ordnungspartnerschaft »Am Limit lenkt der Zufall« finden Sie im Internet unter [www.limiter-inside.de](http://www.limiter-inside.de).

@ Das Video zum Start der Motorradsaison finden Sie im Youtube-Channel der Polizei NRW:  
<https://youtu.be/8dbe7u9iaTo>

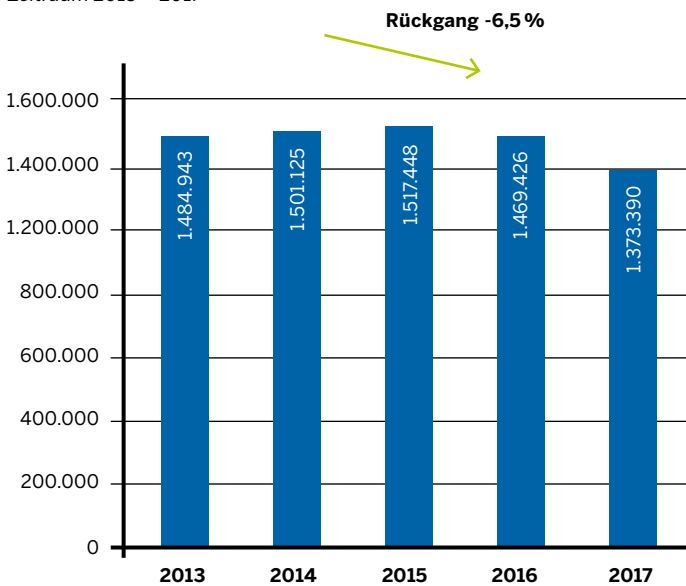


# Polizeiliche Kriminalstatistik 2017 für NRW

## »Nordrhein-Westfalen ist nachweisbar sicherer geworden«

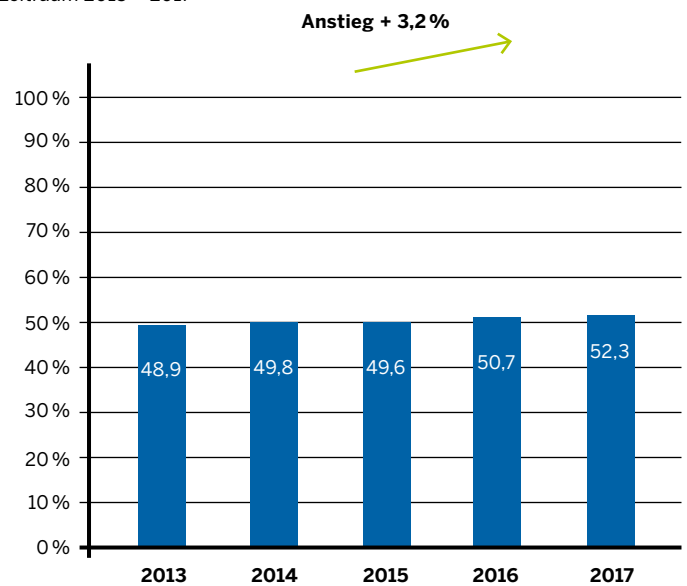
### Anzahl der Straftaten

Zeitraum 2013 – 2017



### Aufklärungs-Quote

Zeitraum 2013 – 2017



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2017 | IM NRW

»Nordrhein-Westfalen ist nachweisbar sicherer geworden« – dieses positive Fazit zog NRW-Innenminister Herbert Reul jüngst bei der Veröffentlichung der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2017. Tatsächlich ist die Zahl der Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um 6,5 Prozent gesunken. Außerdem konnte er eine für Nordrhein-Westfalen historisch hohe Aufklärungsquote von 52,3 Prozent präsentieren. Hervorzuheben ist zudem der seit 30 Jahren tiefste Stand an Diebstahldelikten: 549.916 Fälle. Diese guten Nachrichten nutzte Innenminister Reul, um der Arbeit der Polizei NRW sein Lob auszusprechen. Die PKS 2017 zeigt in einzelnen Deliktsfeldern noch weitere erfreuliche Trends.

Allen voran beim Wohnungseinbruchdiebstahl, unter dem Opfer oftmals besonders schwer leiden, verzeichnete die PKS 2017 eine positive Entwicklung: Im Vergleich zu 2016 gingen die Fallzahlen um 25,7 Prozent signifikant zurück. Besonders erwähnenswert: Von den ausgewiesenen 39.057 Wohnungseinbruchdiebstählen kam beinahe die Hälfte (46,3 Prozent) nicht über das Versuchsstadium hinaus. Für den Innenminister bestätigt dieser Wert den Erfolg der getroffenen Maßnahmen, insbesondere der Präventionskampagne »Riegel vor! Sicher ist sicher.« der Polizei NRW.

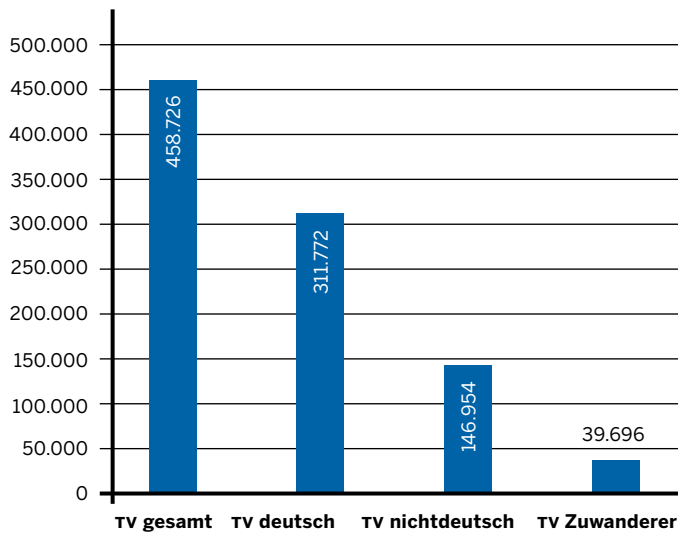
### Gesunkene Fallzahlen bei Gewaltdelikten

Positives konnte der Innenminister auch über die Entwicklung der Gewaltkriminalität berichten. Hier verzeichnet die Statistik einen Rückgang um 4,2 Prozent auf 46.654 Fälle. Davon entfielen mehr als zwei Drittel (80,9 Prozent) auf gefährliche und schwere Körperverletzungen. Optimistisch stimmt, dass die zuletzt in 2015 und 2016 leicht angestiegenen Fallzahlen im vergangenen Jahr wieder abgenommen haben. Von allen Gewaltdelikten konnte >



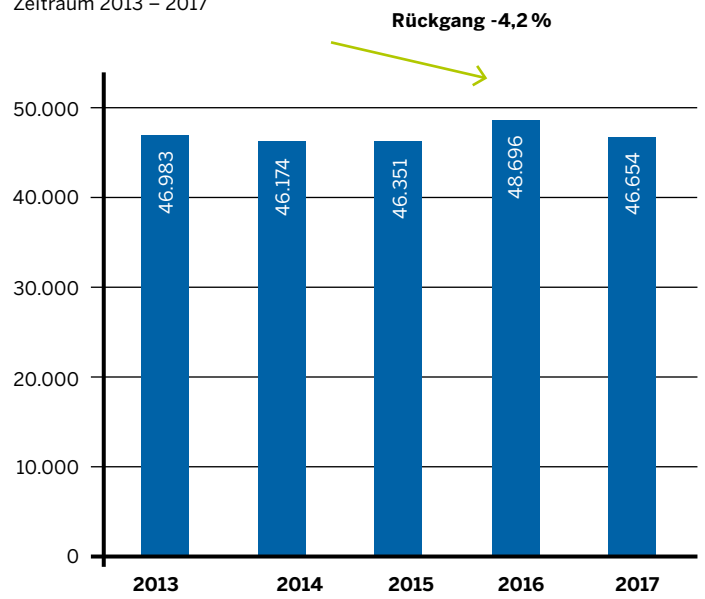
## Tatverdächtige (TV)

Zeitraum 2013 – 2017



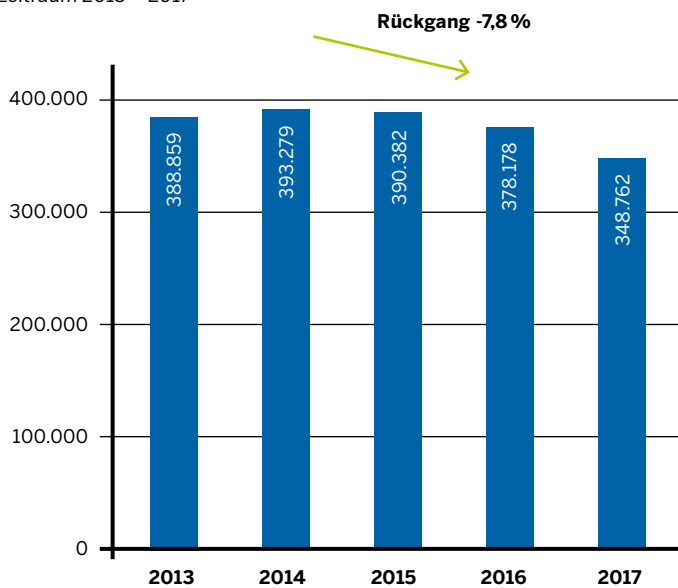
## Gewaltkriminalität

Zeitraum 2013 – 2017



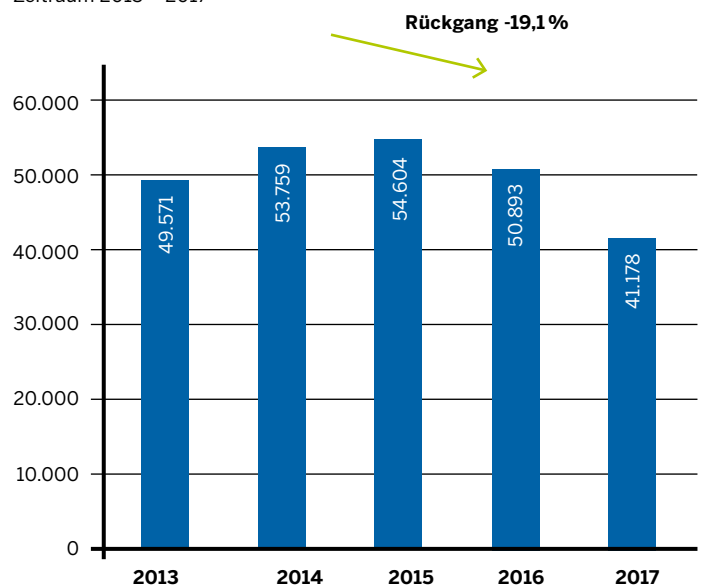
## Straßenkriminalität

Zeitraum 2013 – 2017



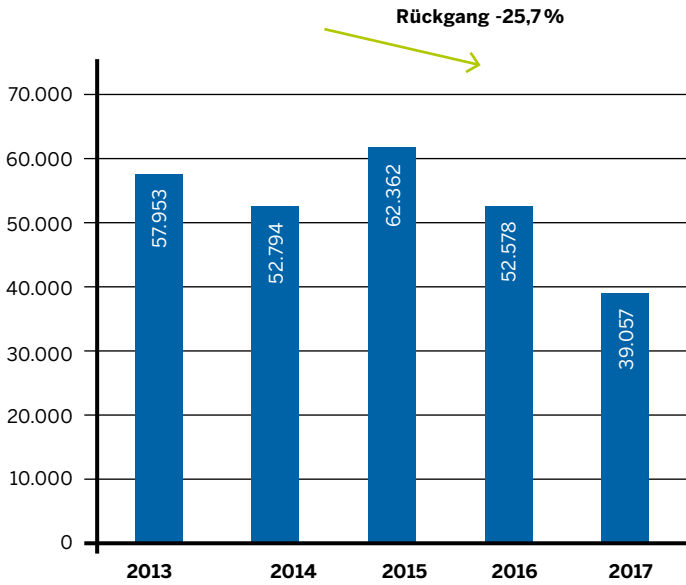
## Taschendiebstahl

Zeitraum 2013 – 2017



## Wohnungseinbruchdiebstahl

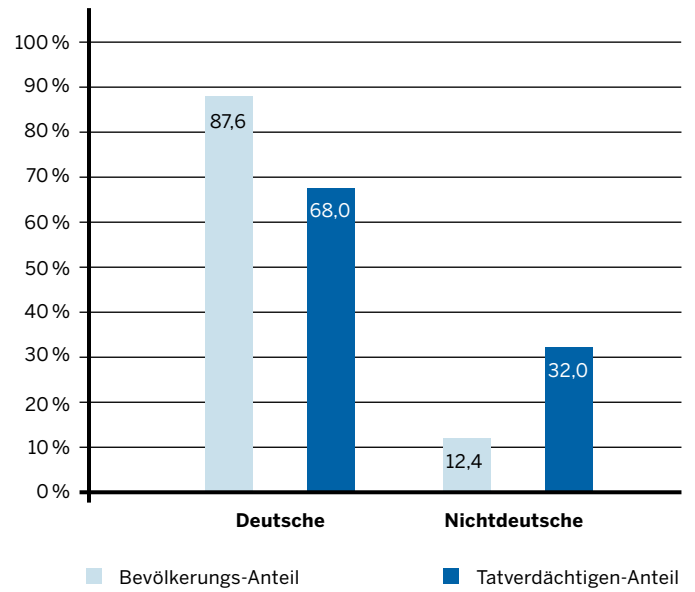
Zeitraum 2013 – 2017



## Anteil Tatverdächtige an der Gesamtbevölkerung

(ohne ausländerrechtliche Verstöße)

Zeitraum 2013 – 2017



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2017 | IM NRW

### MEHR EINZELHEITEN AUF POLIZEI.NRW

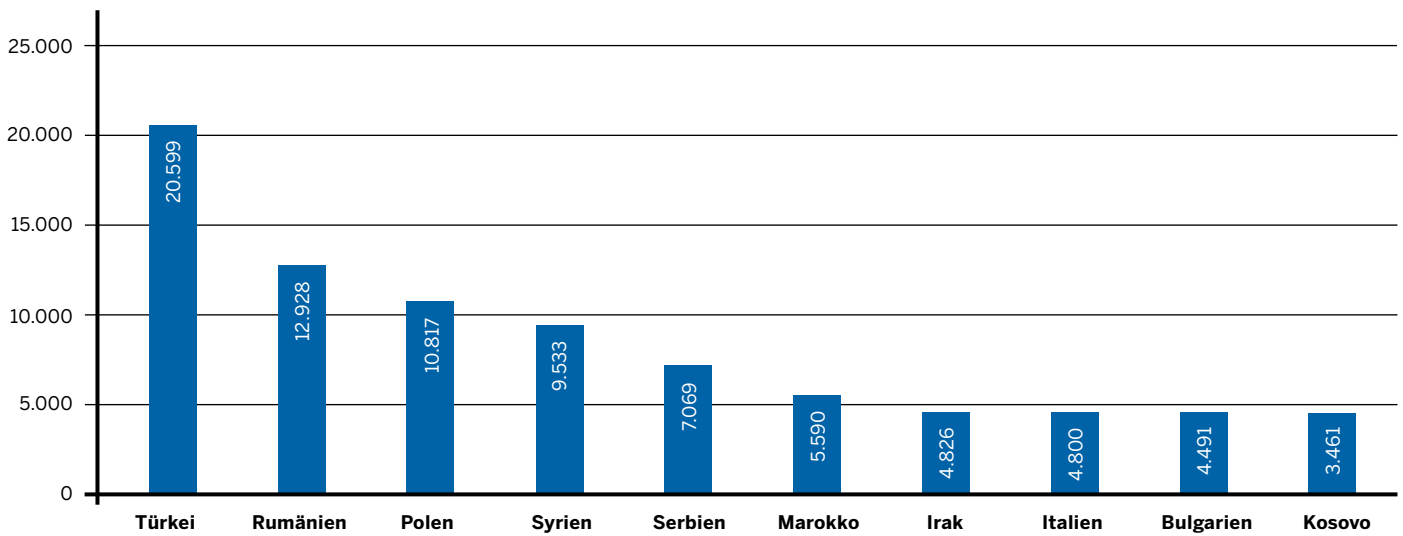
Die detaillierte Polizeiliche Kriminalstatistik 2017 mit allen Zahlen finden sich im Jahrbuch unter:

<https://polizei.nrw/artikel/polizeiliche-kriminalstatistik>

## Tatverdächtige nach Herkunft

(ohne ausländerrechtliche Verstöße)

Zeitraum 2013 – 2017



die Polizei NRW 73,7 Prozent aufklären – eine sehr gute Bilanz. Mit 96 Prozent blieb dabei die Aufklärungsquote von Mord und Totschlag auf dem konstant hohen Niveau der Vorjahre.

Des Weiteren nahmen 2017 die zur Straßenkriminalität zusammengefassten Straftaten in Nordrhein-Westfalen ab. Im Einzelnen gingen sowohl die Taschendiebstähle (-19,1 Prozent), die Diebstähle aus Pkw (-13,2 Prozent) als auch die Fahrraddiebstähle (-8,5 Prozent) zurück.

### Kein Grund, sich auszuruhen

Für NRW-Innenminister Reul waren die Zahlen zu den ausländischen Tatverdächtigen besonders informativ: Knapp ein Drittel (32 Prozent) der Tatverdächtigen bei den in NRW begangenen Straftaten besaßen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Bei einem Anteil von 12,4 Prozent an der Gesamtbevölkerung waren Nichtdeutsche unter den Tatverdächtigen somit überrepräsentiert. Die Zuwanderer nahmen an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen wiederum nur 8,7 Prozent ein. Dieser Wert hat sich damit gegenüber 2016 verringert (zuvor 10 Prozent). Unter den tatverdächtigen Nichtdeutschen hatten die Zuwanderer 2017 einen Anteil von 27 Prozent. Innenminister Reul bat angesichts der medial häufig emotional aufgeladenen Debatte um »kriminelle Ausländer« um eine differenzierte Betrachtung.

Die positive Statistik aus 2017 ist für den Innenminister aber kein Grund, sich auf dem Erreichten auszuruhen. Vielmehr versprach er, dass »wir in der Polizei und im Innenministerium auch in Zukunft hart daran arbeiten werden, die Lage weiter zu verbessern – Tag für Tag und Nacht für Nacht«. // Daniel Mohr, IM NRW

# Libanesische Familiencians Das nordrhein-westfälische Landeskriminalamt (LKA NRW) liefert erste Ergebnisse eines Analyseprojektes zu Mitgliedern türkisch-arabischstämmiger Großfamilien in NRW

Das Handeln einzelner Mitglieder türkisch-arabischer Großfamilien, insbesondere mit Bezügen zum Libanon, stellt nicht nur Polizei und Kommunalverwaltungen vor zunehmende Herausforderungen: Auch die Öffentlichkeit erlebt das Auftreten krimineller Clan-Angehöriger häufig als Bedrohung für das friedliche Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger. Libanesischen Familiencians werden Straftaten, eine vermeintliche Besetzung des öffentlichen Raumes, häufig fehlender Respekt gegenüber Polizei und Rettungsdienst, ein aggressives Auftreten im Rahmen von Tumultlagen und schließlich die Entwicklung einer Parallelgesellschaft und -justiz zugerechnet. Unter »Libanesischen Familiencians« versteht man türkisch-arabischstämmige Großfamilien, die über Bezüge zum Libanon verfügen.

**M**it dem Projekt KEEAS (»Kriminalitäts- und Einsatzschwerpunkte geprägt durch ethnisch abgeschottete Subkulturen«) verfolgt das LKA NRW das Ziel, effektiv und direktionenübergreifend auf das Handeln krimineller Mitglieder von libanesischen Großfamilien zu reagieren. Inhaltliche Schwerpunkte in dem von der EU-Kommission kofinanzierten Projekt sind sowohl die tägliche polizeiliche Einsatzwahrnehmung durch die Direktionen Gefahrenabwehr/Einsatz (GE) und Verkehr (V) als auch die Kriminalitätsbekämpfung durch die Direktionen Kriminalität (K). Nachdem die »Streife« vor etwa einem Jahr detailliert über das Vorhaben berichtete (nachzulesen in Streife #02/02/03 2017, S. 24 bis 27), liefern wir hier eine erste Zwischenbilanz des noch



bis zum Jahresende 2018 laufenden Analyseprojektes sowie einen Ausblick auf die nächsten Projektschritte.

## **Bekämpfung der Clankriminalität als politisches Ziel**

Die herausragende Bedeutung des Themas »Clankriminalität« ist im Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen für die Legislaturperiode von 2017 bis 2022 mit dem Anspruch niedergelegt, der »Ausbreitung von Organisierter Kriminalität – insbesondere in Form von [...] Familienclans – durch eine Null-Toleranz-Strategie und maximalen Kontroll- und Verfolgungsdruck wirksam zu begegnen«.

In den vergangenen Monaten hat das Projekt KEEAS einigen von Clankriminalität besonders betroffenen Behörden aus Projektmitteln angeschaffte hochwertige Observationstechnik (Foto- und Videokameras), zusätzliche Fast-ID-Terminals sowie CO-Warngeräte zum Zweck der Eigensicherung bei Kontrollen in

Shisha-Bars zur Verfügung gestellt. Zudem ist ein leistungsfähiges automatisiertes Kennzeichenlesegerät beschafft worden, um strafprozessuale Ermittlungshandlungen wirkungsvoll zu unterstützen. Ferner fördert das Projekt KEEAS polizeiliche Ermittlungen und Auswertungen durch den Ankauf von Hard- und Software zur Durchführung georeferenzierter Analysen großer Datenbestände (Programm »ArcGIS«) sowie zur Auswertung öffentlich zugänglicher Informationen im Internet (Open Source Intelligence – OSINT).

Neben dem Erwerb technischer Infrastruktur zielt die Projektarbeit darauf ab, Strukturen der kriminellen Clans aufzuhellen, Beziehungen zwischen den Akteuren darzustellen und Ansätze für die Generierung von Ermittlungsverfahren zu gewinnen. Hier spielt das Fallbearbeitungssystem CASE NRW eine zentrale Rolle: Die gemeinsam mit den Kooperationspartnern beim Bundeskriminalamt, bei den Landeskriminalämtern in Hannover, Bremen

und Berlin, beim Zollkriminalamt und der Bundespolizei gewonnenen Daten werden nach CASE NRW überführt und stehen dann bundesweit für Auswertungen zur Verfügung. Die im internationalen Kontext – insbesondere aus Schweden und mittlerweile auch aus Dänemark – über Clan-Strukturen zur Verfügung gestellten Informationen bieten eine weitere Grundlage für polizeiliche Maßnahmen.

### **Direktionenübergreifender Informationsaustausch**

Wichtige Informationen zur Lageeinschätzung konnten durch mehrere Workshops mit Experten aus verschiedenen NRW-Kreispolizeibehörden sowohl der Direktionen K als auch GE, der Justiz und der öffentlichen Verwaltung gewonnen werden. Im Rahmen einer KEEAS-Konferenz im November 2017 hat das Projekt Polizeibeamtinnen und -beamte aus den besonders mit Clankriminalität befassten Behörden sowie Angehörige der Justiz und der Kommunalverwaltung über das Thema und aktuelle Entwicklungen informiert. Die Behördenvertreter tauschten ihre Erfahrungen aus und stellten Bekämpfungsansätze im Sinne von »best practices« vor. Ein Mitarbeiter des Bezirksamts Neukölln (Berlin) und der Leiter der Stabsstelle Sicherheitskoordination der Stadt Essen skizzierten konkrete Herausforderungen vor Ort und zeigten mögliche Reaktionsmuster für Kommunalbehörden auf. Dabei wurde allen Teilnehmenden deutlich, dass die sachgerechte Befassung mit dem Thema »Clankriminalität« eine enge ressort- und institutionsübergreifende Zusammenarbeit diverser Ordnungspartner erfordert.

Auf der Basis von Rückmeldungen aus den Direktionen GE verschiedener NRW-Kreispolizeibehörden entwickelt das Projekt zurzeit praxisorientierte Handlungsempfehlungen zur Unterstützung bei der Einsatzbewältigung. Parallele Projektaktivitäten sollen den Informationsaustausch zwischen den Direktionen GE und K im Kontext der Clankriminalität verbessern.

Der schon jetzt intensiviertere Informationsaustausch hat bereits zu einem Erkenntnisgewinn geführt. Ob sich daraus neue Ermittlungsverfahren generieren

lassen, wird gemeinsam mit den NRW-Kreispolizeibehörden geprüft.

### **Ausblick – Shisha-Bars und Rapper-Szene**

Derzeit befassen sich die Projektmitarbeiter zusätzlich mit weiteren aktuellen Phänomenen im Kontext türkisch-arabischer Großfamilien: Die sich in fast allen Kommunen landesweit ausbreitende Shisha-Bar-Szene bietet eine Kommunikations- und Rückzugsebene für kriminelle Clanmitglieder. Ihr muss mit abgestimmten ordnungsbehördlichen sowie steuerrechtlichen Maßnahmenpaketen begegnet werden. Dazu wird das Projekt in den nächsten Monaten einen Sachstand über die Gesamtsituation in NRW erheben und alle Akteure – sowohl der Polizei als auch von externen Partnern – über Optionen zum Umgang mit dem Phänomen der Shisha-Bars informieren.

Ähnliches gilt für die »Rapper-Szene«: Die insbesondere über soziale Medien ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen »Rappern« aus dem Clanmilieu und die sich in diesem Zusammenhang entwickelnden kriminellen Personengeflechte haben Relevanz für das Projekt KEEAS.

Essenziell ist die Schaffung eines Bewusstseins für die Bedeutung des Themas »Clankriminalität« in allen Polizeibehörden sowie das Erfordernis gemeinsamer Ansätze und Konzepte vor Ort. Mit Unterstützung des Projektes KEEAS haben einige Kreispolizeibehörden in NRW innerbehördliche Informationsveranstaltungen zur Bekämpfung krimineller Clanstrukturen und zur Einschätzung der regionalen Situation durchgeführt. Es ist deutlich geworden, dass dem Informationsaustausch zwischen den Direktionen GE, V und K eine herausragende Rolle für die Lageeinschätzung zukommt. Eine Struktur gelebter Zusammenarbeit zwischen lokalen Partnern – sowohl intern als auch extern, z.B. Polizei mit Kommunen, Finanzverwaltung (Zollfahndungsämter) etc. – ist die Basis für erfolgreiche Bekämpfungskonzepte. Flankierend konzipiert das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP NRW) mit Unterstützung des Projektes KEEAS aktuell

einen Lehrgang »Clankriminalität« speziell für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Direktion GE.

### **Lagebild »Clankriminalität«**

Das LKA NRW wird zur Umsetzung des Koalitionsvertrags der Landesregierung NRW noch im ersten Halbjahr 2018 ein landesweites »Lagebild Clankriminalität« vorlegen. Neben der Lagedarstellung enthält es eine Einschätzung zur weiteren Entwicklung des Phänomens in NRW. Inhaltlich befasst sich das Lagebild mit kriminellen Mitgliedern türkisch-arabischer Großfamilien, soweit diese über Bezüge zum Libanon verfügen.

### **Der »Follow the money«-Ansatz**

Der hier skizzierte integrierte Ansatz kann langfristig nur dann Wirkung zeigen, wenn auch die Justiz eingebunden ist. Im Koalitionsvertrag ist daher ebenfalls festgeschrieben: »Zudem schaffen wir Task-Forces aus Staatsanwaltschaft, Polizei, Ordnungs-, Jugend-, Ausländer- und Sozialamt, die abgestimmte Maßnahmen gegen diese Gruppen konsequent zur Anwendung bringen«. Kurze Wege, unkomplizierte Abstimmungsprozesse und eine enge Zusammenarbeit im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben bieten der bereits konzipierten »Task Force« das Potenzial, effektiv und nachhaltig gegen Mitglieder krimineller Clans vorzugehen. Aktuell finden Gespräche zwischen Vertretern der Fachressorts Justiz, Finanzen und Innen statt, um Strukturen für die Zusammenarbeit zu vereinbaren. Die Abschöpfung illegal erlangter Gewinne ist dabei – insbesondere mit Blick auf das erst kürzlich revidierte und erweiterte Recht zur Vermögensabschöpfung – ein zentrales Mittel zum Erfolg. Die Landesregierung greift im Koalitionsvertrag wiederholt den Grundsatz auf, dass sich Kriminalität nicht lohnen darf: »Illegale Geldquellen krimineller Clans [...] wollen wir durch wirksame Kontrollmaßnahmen unter Einbindung von Zoll und Finanzermittlern aufdecken und austrocknen.« »Crime does not pay« – ein Wunsch, den sicherlich jeder Polizeibeamte unterschreibt.

**/// Thomas Jungbluth, LKA NRW**



## Erfahrungen von Auslandsverwendungen für NRW nutzen Innenminister Reul besucht Trainingskurse in Brühl

Was machen eigentlich deutsche Polizistinnen und Polizisten im Ausland? Wo werden sie eingesetzt und wie werden sie auf einen Auslandseinsatz vorbereitet? Diese und weitere Fragen hatte NRW-Innenminister Herbert Reul beim Besuch des Bildungszentrums (BZ) Brühl im Gepäck. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dezernats 13 (Auslandsverwendungen) standen ihm dort Rede und Antwort.

Nach der Begrüßung durch den Direktor des LAFP NRW, Michael Frücht, und den Leiter des Dezernats 13, Polizeidirektor (PD) Achim Raupach, wurden NRW-Innenminister Herbert Reul die Einsatzgebiete von Polizistinnen und Polizisten aus NRW im Ausland vorgestellt: Das Spektrum reicht von Afghanistan über Afrika bis nach Europa und den Einsätzen im Rahmen der FRONTEX-Unterstützung. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern entsendet Nordrhein-Westfalen Personal in alle Missionsgebiete. Die internationale Vernetzung der Dienststelle stellt einen wichtigen strategischen Baustein dar. Polizistinnen und Polizisten aus NRW arbeiten unter anderem bei der EU in Brüssel, bei Europol oder Interpol, aber auch beim Bundespolizeipräsidium in Potsdam.



### Die Trainings

Minister Reul besuchte einen laufenden Basistrainingskurs. Im Unterrichtsraum dieses Kurses erläuterte der Leiter des Trainings, Polizeioberrat (POR) Philipp Bovensiepen, das vernetzte Training zur Vorbereitung auf eine Auslandsverwendung. Es besteht aus vier Elementen:

- > Das Basistraining – zertifiziert von der EU und der UN und dementsprechend inhaltlich durch diese Organisationen bestimmt
- > Das Vorbereitungsseminar – auf das konkrete Missionsgebiet zugeschnitten
- > Optionale Trainings wie Sprachtraining, Schutzthemen der UN («child protection») oder Projektmanagement
- > Das obligatorische Nachbereitungsseminar – Debriefing

### National und international bestens vernetzt

Bei der Vorbereitung auf die Missionen kooperiert das Dezernat einerseits mit seinen nationalen Partnern. Das sind die Bundespolizeiakademie, die Führungsakademie der Bundeswehr und die Hochschule für Polizei Baden-Württemberg. Um schon im Training ein internationales Arbeitsumfeld zu schaffen, werden zudem regelmäßig gemeinsame Fortbildungsmaßnahmen mit Belgien, Luxemburg, den Niederlanden, der Schweiz und seit Neuestem auch mit der Tschechischen Republik durchgeführt.

Darüber hinaus kooperiert das Dezernat 13 andererseits mit internationalen Partnern. Dazu gehören die ECOWAS (Economic Community of West African States) und das KAIPTC (Kofi Annan International Peacekeeping Centre) in Accra. Deshalb sind NRW-Trainer regelmäßig auch in Afrika als Fortbilder im Einsatz – und Teilnehmende aus afrikanischen Staaten können regelmäßig bei Kursen in Brühl begrüßt werden. Die beiden Hauptmandatsgeber sind auch die wichtigsten Partner im Trainingsgeschäft: die Europäische Union und die Vereinten Nationen (VN). Das Dezernat 13 entwickelt regelmäßig Standardtrainingsmaterial für die VN. Es wird weltweit genutzt. Das Dezernat bietet auch Fortbildungsangebote im Rahmen von CEPOL (European Union Agency for Law Enforcement Training) und künftig auch für das ESDC (European Security and Defence College) an.

### Umfangreiche Ausrüstung

NRW-Innenminister Reul zeigte sich sehr beeindruckt von der Fülle der Informationen, die in kurzer Zeit an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Trainings vermittelt werden müssen. Sichtlich überrascht war Reul von den vielen verschiedenen Ausrüstungsgegenständen, die auf Tischen ausgebreitet wurden. Man benötigt mehrere große Aluminiumboxen für den Transport der Materialien ins jeweilige Missionsgebiet. Der Leitende Polizeidirektor (LPD) Uwe Thieme wies exemplarisch auf die ballistische Schutzweste hin. Diese hatte Reul bereits bei seinem letzten LAFP-Besuch am Sitz der Behörde in Selm im Rahmen eines Amok TE-Trainings kurzerhand übergezogen und aktiv in einer Trainingssequenz mitgewirkt.

### Im Gespräch

Nach der Präsentation der Arbeit des Dezernats Auslandsverwendungen suchte der Minister den direkten Dialog mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern des laufenden Basistrainings und der Trainerqualifikation. Diese Trainings werden komplett in englischer Sprache durchgeführt, da sie international besetzt sind. Hier war es von großem Vorteil, dass der Minister fließend Englisch spricht und er so mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den Basistrainings und der Trainerqualifikation aus Luxemburg, Sierra Leone und der Tschechischen Republik direkt kommunizieren konnte. Ungewöhnlich war es sicherlich auch, mit den Kolleginnen und Kollegen aus Nordrhein-Westfalen, Berlin und Niedersachsen in diesem Kreis Englisch zu sprechen.

### Erfahrungen müssen für NRW genutzt werden

Sehr wichtig war Reul die Wertschätzung, die den Rückkehrern aus Auslandsverwendungen entgegengebracht wird: »Sie kommen mit so vielen Erfahrungen aus Ihren Einsätzen zurück. Dies ist ein Gewinn für uns und das müssen wir auch nutzen. Wie diese Erfahrungen gewinnbringend eingesetzt werden könnten, da sind uns andere Länder Europas weit voraus.«

Gezielt fragte der Innenminister nach, wie die Behörden die Kolleginnen und Kollegen in den Einsatz verabschieden und auch wieder empfangen. Als er von dem jährlich stattfindenden Familienfest des Dezernates hörte, zu dem Missionsteilnehmerinnen und Teilnehmer nebst ihren Partnern eingeladen werden, zeigte er sich von dieser Idee begeistert und meinte, er würde gerne am nächsten Fest teilnehmen, wenn sein Terminkalender es zulasse.

/// Christoph Tappe, LAFP NRW



# Die Polizei muss überall sein, wo die Menschen sind

Bürger und Medien direkt und unmittelbar auf Twitter und Facebook erreichen

---



Fotos (2): Jochen Tack



Die Medienlandschaft befindet sich in einem stetigen Wandel. Die Polizei muss diesem Wandel folgen. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit funktioniert mit Twitter und Facebook ganz anders als bei der klassischen Presseerklärung. Eine Nachricht entsteht nicht in stundenlanger Vorbereitung sondern ziemlich schnell und spontan. Öffentliche Kommunikation wird dadurch viel kürzer und direkter. Polizisten berichten live über Demonstrationen und Risikospiele, sie suchen nach Tatverdächtigen oder posten aus dem Polizeialltag. In Gefahrenlagen kann die Polizei über social media in Echtzeit mit den Bürgerinnen und Bürgern kommunizieren. Die »Streife« geht deshalb der Frage nach, wie die Polizei die neuen Möglichkeiten nutzt und wie dieser frische, zeitgemäße Kommunikationsstil ankommt.

**A**m 13. März waren Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und seine Frau Elke Büdenbender im Polizeipräsidium (PP) Dortmund zu Gast, um mit jungen Polizistinnen und Polizisten über ihre Eindrücke aus dem Polizeidienst zu sprechen. Auf dem Twitter-Account der Polizei Dortmund ist man live dabei: »Jetzt trifft der #BuPrä bei uns am Polizeipräsidium ein. Unser Polizeipräsident Gregor Lange und unser Innenminister begrüßen Herrn Steinmeier und Frau Büdenbender. #Willkommen

in @stadtdortmund! #NRWempfängt«. Polizeihauptkommissar (PHK) Volker Aschoff, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit im PP Dortmund, hat sich schon im Vorfeld mit seinem Kollegen PHK Marco Müller zusammengesetzt, um den Ablauf des Besuchs durchzugehen: »Bei der Berichterstattung über Facebook und Twitter arbeiten wir mit einem Regieplan. Zuvor machen wir uns Gedanken, welche Botschaften wichtig sind. Es ergeben sich aber auch viele Dinge ganz spontan«, erklärt Aschoff. Gegen 13 Uhr ist es soweit. Das Social-Media-Team twittert: »Nun beginnt die Gesprächsrunde mit jungen Polizisten und dem #BuPrä Steinmeier.« Die jungen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten erzählen dem Bundespräsidenten von ihren Erfahrungen aus dem Polizeidienst. Zeitgleich erfahren das auch die Follower des Twitter-Accounts der Polizei Dortmund: »Eine spannende Gesprächsrunde läuft. Die ersten Themen: Nordstadt, Fußball, Gewalt gegen Polizisten, Ausbildung...«.

#### Die Polizei twittert zeitgemäß

Mit ihrer verstärkten Präsenz auf Twitter und Facebook will die Polizei nicht nur mit vielen Menschen kommunizieren, sondern auch gezielt informieren, Fakten darstellen und dem Streuen von Falschmeldungen entgegenwirken. Der Kommunikationsstil von Tweets und Posts kommt gut an und steigert die Beliebtheitswerte der Polizei. Marco Müller stellt klar, dass ein Tweet zum Kontext der gesamten Berichterstattung passen muss. »Man kann keinen Witz machen und danach kommt eine Meldung über Verkehrstote.«

#### Crossmedial und beliebt

Die Polizei Dortmund twittert täglich und postet parallel auch auf der eigenen Facebook-Seite. Mehr als 50.000 Follower hat die Dortmunder Polizei mit ihrem Twitter-Account. Seit August 2012 nutzt man den Kurznachrichtendienst. 2.789 Tweets hat ihr Account im Jahr 2017 abgesetzt. »Mitteilungen der Pressestelle formulieren wir so um, dass sie nur 280 Zeichen haben und leicht verständlich sind«, erklärt Aschoff. Das vierköpfige Social-Media-Team verfolgt die Geschehnisse im Netz den ganzen Tag. Auf vier Monitoren können die Kolleginnen und Kollegen sehen, wie ihre Aktivitäten in social media ankommen und worüber die Netzöffentlichkeit gerade diskutiert. In der Regel sind sie von montags bis freitags und überwiegend tagsüber in social media aktiv, nachts übernimmt die Leitstelle. Mit ihren Tablets können sie aber auch jederzeit bei Einsätzen direkt vor Ort social media bedienen, Fotos einstellen und über das aktuelle Geschehen informieren. »Wir haben schon häufig nützliche Hinweise über Twitter und Facebook erhalten, wenn wir nach Personen fahnden oder Vermisste suchen«, sagt Aschoff. Die Menschen, die ihnen folgen und ihre Beiträge kommentieren, verstehen diesen Kanal als unkomplizierten, direkten Draht zu ihrer Polizei vor Ort. >



»Die Polizei muss überall sein, wo die Menschen sind – auf der Straße und im Netz.«

*Volker Aschoff, Leiter Öffentlichkeitsarbeit PP Dortmund*

### Fragen werden beantwortet

Neben Journalisten melden sich auch viele Bürgerinnen und Bürger auf Twitter und Facebook zu Wort. Sie fragen bei Fahndungen, warum die Suche nach den Tätern so lange dauert oder wollen wissen, wieso aufgrund der Sicherheitsmaßnahmen zum Besuch des Bundespräsidenten in Dortmund so viele Straßen abgeriegelt werden müssen. Marco Müller liest geduldig die Kommentare der Nutzer und antwortet: »Ob uns eine Frage nun per E-Mail oder Twitter erreicht, es handelt sich in beiden Fällen um eine Bürgeranfrage. Wer uns eine Frage oder eine Beschwerde schickt, bekommt auch eine Antwort.«

Manchmal wird der Ton aber auch etwas rauer. Ein Beitrag kann schnell kontroverse Diskussionen losstreuen. Dann schauen Aschoff und sein Team sich die Kommentare der Nutzer genau an und schalten sich hin und wieder aktiv in die Debatte ein. »Bis zu einem gewissen Grad müssen wir kritische Stimmen natürlich aushalten. Wir wollen schließlich, dass bei uns auch kontrovers diskutiert wird. Wenn es aber beleidigend wird, mahnen wir die Nutzer an und leiten im schlimmsten Fall strafrechtliche Ermittlungen ein.«, erklärt Aschoff.

### Hohe Verantwortung

Mit Twitter und Facebook verfügt die Polizei über sehr schnelle Medien. Sie kann sich direkt an die Öffentlichkeit wenden: »Wir informieren, geben Verhaltenshinweise und versuchen, schnellstmöglich auf Gefahren hinzuweisen«, sagt Aschoff. Das gilt besonders für akute Gefahrenlagen wie einem Amoklauf oder bei Terroranschlägen. In solchen Einsatzlagen ist social media ein schnelles und effektives Instrument, um die Bevölkerung zu warnen und das Streuen von Falschmeldungen zu unterbinden.

Die Notwendigkeit sich darauf professionell vorzubereiten, wurde besonders nach dem Anschlag auf den Mannschaftsbus von Borussia Dortmund deutlich. »In diesem Moment wussten wir schon nach dem ersten abgesetzten Tweet, dass es gleich richtig losgeht«, erzählt Aschoff. Das Bombenattentat war eines der großen Themen, die sich in kürzester Zeit viral verbreitet haben. »Es ist eine Herausforderung, wenn man weiß, dass man die Verantwortung für eine Nachricht trägt, die von vielen Millionen Menschen gelesen werden kann«, sagt Müller.

Trotz der Schnelligkeit muss jede Information der Polizei den Tatsachen entsprechen. Volker Aschoff ist sich darüber bewußt, dass eine Falschmeldung der Polizei das mühsam erarbeitete Vertrauen von Presse und Öffentlichkeit binnen Sekunden zerstören kann.



Foto: Jochen Tack

PHK Marco Müller und POKin Sabrina Schmitt bei der Planung der Twitter-Beiträge.



Das Social-Media-Team im PP Dortmund hat auf Twitter etwa 49.000 Follower.

### Aufklärung statt Fake-News

Die Präsenz der Polizei in sozialen Netzwerken ist mittlerweile unerlässlich geworden. Zwar nutzen einer ARD/ZDF-Onlinestudie von 2017 zufolge nur etwa drei Prozent der deutschen Bevölkerung häufig den Kurznachrichtendienst, viele Journalisten sind aber auf Twitter aktiv und nutzen den Kanal für ihre Recherchen, verbreiten Informationen oder wenden sich dort mit ihren Fragen an die Polizei. Durch den direkten Kommunikationskanal kann die Polizei sogar effektiv gegen die Verbreitung von Falschmeldungen vorgehen. »Wenn wir es nicht schreiben, dann schreiben

es andere und im schlimmsten Falle verbreiten sich vollkommen falsche Informationen«, betont Marco Müller. Indem die Polizei im digitalen Raum stärker Präsenz zeigt, kann sie nicht nur der Verbreitung von Fake-News entgegenwirken, sondern sie ist auch ganz nah bei den Menschen. Die sozialen Netzwerke bieten der Polizei die Möglichkeit, transparent zu sein, besser und schneller zu kommunizieren, zu informieren und das Vertrauen der Menschen zu erhalten, die sie schützen will.

/// Redaktion Streife

# Gute Luft im Polizeirevier

## Polizeibehörden testen Elektroroller

### BMW c Evolution Long Range



<b>Spitzenleistung</b>	35 kw (48 PS)
<b>Drehmoment</b>	72 Nm
<b>Höchstgeschwindigkeit</b>	129 km/h (abgeregelt)
<b>Beschleunigung 0-50 km/h</b>	2,8 s
<b>Beschleunigung 0-100 km/h</b>	6,8 s
<b>Leergewicht</b>	275 kg
<b>Akkukapazität</b>	12,5 kwh
<b>Reichweite</b>	160 km

#### Sonstiges Ausstattung

ABS, ASC, Vier Fahrmodi, Rückfahrlilfe, Multifunktionales TFT-Display, Upside-Down-Federgabel, Heizgriffe



Der Vorbote eines neuen Megatrends? Der erste Roller der Polizei NRW, der mit Strom statt Benzin unterwegs ist.

Ist Strom unser Benzin der Zukunft? Auch das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD NRW) verfolgt die Debatte über Dieselkraftstoff und setzt sich mit der Endlichkeit fossiler Brennstoffe auseinander.



Fotos (3): LZPD NRW

Kolleginnen und Kollegen des LZPD NRW übergaben in dieser Woche zwei Elektroroller an die Kreispolizeibehörden Rhein-Kreis-Neuss und Wuppertal für einen Test der Fahrzeuge im Bezirks- und Schwerpunktdienst. Es handelt sich dabei um zwei BMW-C Evolution Roller mit einer Reichweite bis 160 km nach Werksangabe. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt 120 km/h. »Meine Kolleginnen und Kollegen des Fuhrparkmanagements beobachten ständig den Markt auch im Bereich innovativer Antriebsarten«, sagte Rainer Pannenbäcker, Direktor des LZPD zur Übergabe der Elektroroller.

#### Elektro-Pkw im Einsatz

Im Polizeipräsidium (PP) Bonn kommen bereits ein elektrisch angetriebener Renault Zoe sowie ein Kangoo zum Einsatz. Das PP Essen hat im Rahmen des Projektes »Grüne Hauptstadt Europas« zwei Nissan enV angeschafft. Außerdem werden weiterhin Renault Twizy als Präsenzfahrzeuge getestet.

»Im Streifendienst – gerade bei Sonderrechtsfahrten – scheint Elektromobilität aufgrund der Reichweiten und Ladekapazitäten eher noch Zukunftsmusik zu sein«, betont Pannenbäcker. »Aber im Rahmen einer umweltbewussten Fuhrparkergänzung werden wir dieses Thema weiter im Blick behalten.«

Im letzten Jahr hatte das LZPD NRW bereits ein Fahrzeug mit Wasserstoff-Antrieb im Testbetrieb. // // Nadine Perske, LZPD NRW



## Aktuelle Hinweise zum Waffenrecht

### Neuaufgabe des Faltblatts »Waffenkalender« erschienen

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger besitzen Waffen und andere gefährliche Gegenstände. Die Anträge auf einen kleinen Waffenschein haben sich seit einiger Zeit etwa verzehnfacht und die Polizei registriert, dass Messer oder ähnlich gefährliche Gegenstände vermehrt im Umlauf sind. Gerade bei der baulichen Ausgestaltung von Messern und sonstigen Gegenständen sind der Phantasie der Hersteller kaum Grenzen gesetzt, sodass die waffenrechtliche Einstufung nicht immer einfach ist. Im Juni 2017 gab es zudem Änderungen in Teilen des Waffengesetzes. Das Dezernat 32 des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP NRW) hat deshalb eine Neuaufgabe des Faltblatts »Waffenkalender« herausgebracht, das dieser Ausgabe der »Streife« beiliegt.

Das Faltblatt informiert über die aktuellen waffenrechtlichen Bestimmungen zum Umgang mit Waffen. Der »Waffenkalender« soll den Polizistinnen und Polizisten, die ihn nutzen, eine kompakte Übersicht bieten und ein rechtlich fundiertes Vorgehen ermöglichen. Er passt in jede Hosentasche und klärt auf einen Blick über alle gültigen Bestimmungen auf.

#### Übersichtliches Layout

Das Faltblatt ist in vier Bereiche aufgeteilt. Die ersten drei Bereiche behandeln die unterschiedlichen Waffengattungen des Waffengesetzes: »Schusswaffen/gleichgestellte Gegenstände«, »tragbare Gegenstände« sowie »verbotene Waffen« und zeigen passende Beispiele auf. Dargestellt werden außerdem die unterschiedlichen Sanktionsnormen. Komplettiert wird die Übersicht durch ein Fußnotenverzeichnis, das waffenrechtliche Begriffe erläutert und weiterführende Hinweise gibt.

In der überarbeiteten Auflage wurden einige von den Nutzern angeregte Anpassungen am Layout vorgenommen und rechtliche Änderungen berücksichtigt. Die wesentlichen rechtlichen Änderungen betreffen:

- > die Verschärfung der Sanktionsnorm bei (Distanz-) Elektroimpulsgeräten (ohne Prüfzeichen)
- > den neuen Ausnahmetatbestand beim Führen von wesentlichen Teilen von Schusswaffen (§ 12 Abs. 3 Nr. 6 WaffG) sowie
- > Änderungen im § 42 WaffG, Waffenführungsverbot bei öffentlichen Veranstaltungen

Im Layout wurde neben der grafischen Gestaltung insbesondere das Fußnotenverzeichnis angepasst, um einen schnelleren Überblick zu ermöglichen.

Mithilfe des Teildezernates 52.4 – Mediendienste – des LAFP NRW ist erneut ein grafisch ansprechendes und übersichtliches Hilfsmittel für die polizeiliche Arbeit entstanden.

#### Seminarreihe vertieft waffenrechtliche Kenntnisse

Zur Vertiefung und Aktualisierung der waffenrechtlichen Kenntnisse bietet das LAFP NRW im Bildungszentrum Münster die Seminarreihe »Waffenrecht im täglichen Dienst« an. Neben der Bearbeitung von rechtlichen Fragestellungen wird im Rahmen dieses Seminars auch der Waffenkalender ausgegeben und dessen Anwendung trainiert.

/// Marco Schlüter, LAFP NRW

## Neuer Leiter der Direktion Kriminalität beim PP Dortmund LKD Walter Kemper erhielt seine Ernennungsurkunde



Erster Polizeihauptkommissar (EPHK) Rainer Peltz (Vorsitzender des Polizeihauptpersonalrats), Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann, Leitender Kriminaldirektor Walter Kemper, Ministerialdirigentin Dr. Daniela Lesmeister sowie der Dortmunder Polizeipräsident Gregor Lange (v.l.n.r.).

**M**itte März 2018 wurde Kriminaldirektor (KD) Walter Kemper, der bislang die Kriminalinspektion 1 im Polizeipräsidium (PP) Dortmund geleitet hat, zum Leitenden Kriminaldirektor im Beamtenverhältnis auf Probe ernannt. Die

Aushändigung der Ernennungsurkunde übernahm Ministerialdirigentin Dr. Daniela Lesmeister. Kemper wurde zeitgleich die Funktion »Leiter Direktion Kriminalität« beim PP Dortmund übertragen.

/// **Redaktion Streife**

# Polizeilandesmeisterschaften im Schwimmen und Retten 2018 Gold für NRW-Sportlerinnen und -Sportler

Am 22. März 2018 wurden die diesjährigen Polizeilandesmeisterschaften im Schwimmen und Retten ausgetragen. Bei der Organisation arbeiteten der PSV Essen 1922, die Kampfrichtergemeinschaft NRW sowie das Polizeipräsidium (PP) Essen zusammen.

Im Sportbad »Am Thurmfeld« begrüßte der Essener Polizeipräsident Frank Richter die 138 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die in den verschiedenen Disziplinen wie Rettungsmehrkampf (RMK), Brust-, Rückenschwimmen, Freistil, Schmetterling und Lagen an den Start gingen. Sowohl in der offenen Klasse als auch in den Altersklassen wurden in unterschiedlichen Distanzen harte Kämpfe um den ersten Platz ausgetragen.

## Verdientes Gold

Beim Rettungsmehrkampf schafften das in der offenen Wertung im Kleiderschwimmen und beim Retten Lea Nottelmann (PP Essen) und Tobias Fürtjes (LR Kleve). Beim Tauchen holten sich Nicole Fischer-Kentschke (PP Recklinghausen) und erneut Tobias Fürtjes das begehrte Gold.

Den Titel über 100 Meter Brust holten sich Julia Averbrock (PP Aachen) mit 1,20 Minuten und Moritz Kemper (PP Dortmund) mit 1,05 Minuten. In ihrer Königsdisziplin Brustschwimmen erreichten beide auch auf der 50-Meter-Strecke den begehrten ersten Platz.

Die Freiwasserschwimmerin Isabelle Härle (PP Gelsenkirchen) erreichte im 200 Meter Lagen-Wettbewerb den ersten Platz. Karolin Kuhlmann (LR Gütersloh) hatte in den Disziplinen 50 und 100 Meter Freistil die Nase vorn und gewann Gold. Mit ihren herausragenden Leistungen räumte sie bereits im vergangenen Jahr bei den Europäischen Polizeimeisterschaften im Schwimmen zahlreiche Medaillen ab und

wurde damit »Polizeisportlerin des Jahres 2017«.

Thomas Rueter (PP Essen) war in diesem Jahr unschlagbar. Wie ein Delphin ergatterte er sich in der offenen Klasse die Goldmedaillen in den Disziplinen 100 Meter Schmetterling und Rückenschwimmen, 50 und 100 Meter Freistil und noch einmal im 200 Meter Lagen-Wettbewerb. Bei den Staffeln ging das begehrte Metall und somit Platz 1 an:

- > PP Düsseldorf im 4x50 Meter Brust mixed
- > PP Essen im 4x50 Meter Freistil mixed
- > PP Gelsenkirchen im 4x50 Meter Lagen mixed

## NRW-Kader ausgewählt

Für die Teilnahme an den Deutschen Polizeimeisterschaften im Schwimmen und Retten, die in der Zeit vom 29. bis 31. Mai 2018 in Rostock ausgetragen werden,

konnte Michael Müntjes, der Fachwart im Schwimmen und Retten NRW, seinen NRW-Kader auswählen. An dieser Stelle drücken wir jetzt schon die Daumen.

Der Vorsitzende des Polizeisportkuratoriums NRW, Günter Lange, sprach den Teilnehmenden bei der Siegerehrung seine Anerkennung aus. Für die beste sportliche Gesamtleistung überreichte er Karolin Kuhlmann (LR Gütersloh) den Ehrenpreis des Ministers. Für ihre 100 Meter Freistilschwimmen erzielte sie mit einer Bestzeit von 57,23 Sekunden 788 Punkte in der DSV-Punktetabelle. Bei den Männern wurde Moritz Kemper (PP Dortmund) für 28,34 Sekunden auf 50 Meter Brustschwimmen (852 Punkte) mit dem Ehrenpreis ausgezeichnet.

Weitere Informationen und Fotos sind im Intrapol auf der Landessportseite abrufbar. // **Andrea Schaub, PSK NRW**



Startsprung der Männer in der Disziplin Freistil.





5x Gold für Thomas Rueter.

Vorbereitungen für den Rettungsmehrkampf durch die eingesetzten Taucher.



Rettungsmehrkampf- Retten: Lea Nottelmann siegt in der offenen Klasse.

# Fünfte Europäische Polizeimeisterschaft (EPM) im Handball Deutschland ist Europameister im Handball der Frauen

In Göppingen fand vom 12. bis 19. März die fünfte Europäische Polizeimeisterschaft (EPM) im Handball der Frauen statt. In der Endrunde kämpften die besten Polizeibeamtinnen im Handball aus ganz Europa um den Titel.

Die Handballerinnen der Polizeien aus Frankreich, Norwegen, Dänemark, Österreich, Ungarn, den Niederlanden, der Schweiz und Deutschland traten nach den Vorausscheidungen in der Endrunde in Göppingen gegeneinander an.

## Ein schlagkräftiges Team

Nach spannenden Ausscheidungsspielen schaffte es das deutsche Team ins Finale gegen Frankreich. Mit einem Endstand von 33 zu 25 Toren gehörte der Pokal und der Titel »Europäischer Polizeimeister im Handball der Frauen« der deutschen Auswahlmannschaft. Eine herausragende Leistung.

Das deutsche Team erhielt Unterstützung von vier Spielerinnen aus NRW

- > Annika Kriwat (PP Dortmund)
- > Jennifer Weste (PP Dortmund)
- > Britta Stelthove (PP Hamm)
- > Nicole Hillig (PP Köln)

...sowie dem Schiedsrichter Peter Behrens vom Polizeipräsidium (PP) Wuppertal.

## WEITERE INFORMATIONEN ZUM THEMA

Spielberichte, Fotos und weitere Eindrücke sind auf der Seite des Deutschen Polizeisportkuratoriums abrufbar unter:

<http://www.dpsk.de/>

Der Fachwart Handball im DPSK, Thomas Link aus dem PP Hamm, hatte die Auswahl des Kaders im Rahmen der Sichtung- und Vorbereitungslehrgänge sorgfältig getroffen.

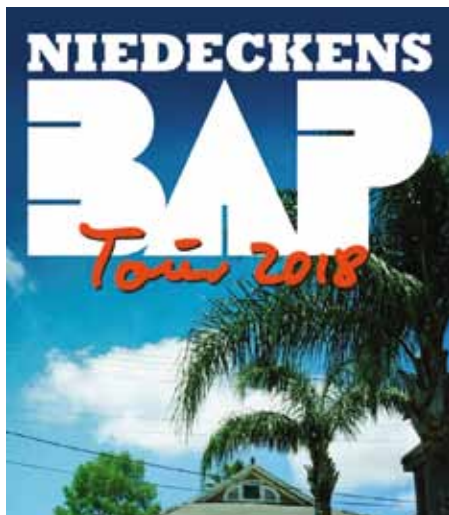
Er nominierte die besten Spielerinnen der Polizeien der Länder Baden-Württemberg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, NRW, Saarland und Sachsen-Anhalt und ging mit einem talentierten Elite-Team an den Start.

/// **Andrea Schaub, PSK NRW**

# Wolfgang Niedeckens BAP – die Tournee 2018

## Die »Streife« verlost 5 x 2 Stehplatztickets für Köln

Die legendäre Kölschrockband BAP gehört zu den erfolgreichsten deutschsprachigen Rockbands und füllt auch nach vier Jahrzehnten noch immer die Hallen in Deutschland und der Schweiz. Als »Niedeckens BAP«, wie die 1976 von Frontmann Wolfgang Niedecken gegründete Formation seit 2014 wieder heißt, gehen die Kölner im Jahr 2018 wieder auf große Tournee.



Erstmals in der nun über 40-jährigen Bandgeschichte begleitet ein dreiköpfiger Bläsersatz die traditionsreiche Band aus Köln, wenn Wolfgang Niedecken, Ulrich Rode, Anne de Wolff, Michael Nass, Werner Kopal und Sönke

Reich wieder auf den großen Bühnen von über 30 Städten stehen. Da feiern bekannte Hits wie »Et ess, wie't ess« ein ungeahntes Revival, das Niedecken mit US-Sessionprofis in New Orleans für sein jüngstes Solowerk »Reinrassije Strooßeköötter – Das Familienalbum« mit Bläsern neu aufgenommen hat. »Dieses Stück ist endlich da angekommen, wo es hinsollte«, erläutert der Kölner. Noch einige andere Nummern aus dem »Familienalbum«, das in den Offiziellen Deutschen Charts den zweiten Platz erreichte, werden es in die Setlist der Tour schaffen, verrät Niedecken, da doch ein Großteil der dafür aufgenommenen Stücke sowieso aus dem BAP-Kanon stammt. Den Fans verspricht Niedecken eine fulminante Show mit einer Reise quer durch die Bandgeschichte: »Es wird natürlich auch ordentlich gerockt. Ich habe von einigen Leuten zuletzt die Befürchtung gehört, dass wir zu beschaulich werden könnten. Da kann ich Entwarnung geben«, sagt Niedecken. Mit seiner Band wird er von Ende Mai bis Ende Oktober 2018 auf Tournee gehen. BAP-Fans bekommen dieses Jahr also ordentlich was auf die Ohren.

Die Leserinnen und Leser der »Streife« haben jetzt die einmalige Chance, 5 mal 2 Stehplätze für ein Konzert von »Niedeckens BAP« am 2. Juni in der LANXESS Arena in Köln zu gewinnen.

Um an der Verlosung der Freikarten im Rahmen unseres Kreuzworträtsels teilzunehmen, müssen Sie nur das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 28. Mai 2018 einsenden an:

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, Redaktion Streife, Friedrichstraße 62-80, 40217 Düsseldorf, E-Mail: streife@im.nrw.de  
Bitte der Redaktion: Bei E-Mails im Betreff nur PREISRÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse angeben. Danke!

Das Kreuzworträtsel ist im Intranet der Polizei und in den Print- und Onlineausgaben der Streife veröffentlicht. Der Gewinner/die Gewinner werden durch Losverfahren durch das Redaktionsteam ermittelt. Der Gewinner/die Gewinner werden auf dem Postweg benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Zur Teilnahme am Gewinnspiel eingesandte Daten werden vier Monate nach Einsendeschluss gelöscht.

Vogelnachwuchs	▼	Kurzwort: Abonnement	Nachlokal	Vorfahr	6	europ. Vulkan (Landessprache)	▼	Kurzwort für eine Kundgebung	Schienntriebwagen	Kanton der Schweiz	Schwur	▼	Zeichen für Osmium	▼	Kfz-Z. Niederlande	▼	Zeichen für Radon
Randbeef	▶						3	lüsterner Mensch	5					4			
Kurzw.: Untergrundbahn	▶					Ureinwohner Neuseelands	▶						<b>Auflösung des letzten Rätsels</b> ■ E ■ ■ ■ ■ L ■ R ■ ■ ■ A ■ ■ ■ ■ B R I T T A ■ E H F R A U ■ B O D Y ■ D U B A I ■ I C H (1-5) ■ E T A P P E ■ E I N K E H R Petry				
Wirbelsturm	▶	2						Schaf-, Ziegen- o. Kalbleder	1								

sl1804-29

1	2	3	4	5	6
---	---	---	---	---	---

# IMPRESSUM

## **Herausgeber**

Ministerium des Innern  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf

## **Verantwortlich**

Dieter Spalink,  
Referat Öffentlichkeitsarbeit und  
Online-Kommunikation

## **Redaktion**

Ralf Hövelmann und Gordon Wenzek  
Ministerium des Innern  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Redaktion *Streife*  
Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf  
Tel. (0211) 871-23 66  
Fax (0211) 871-23 44

CN-PolNRW 07-221-2366  
Internet: <http://streife.polizei.nrw>  
E-Mail: [streife@im.nrw.de](mailto:streife@im.nrw.de)  
ISSN 0585-4202

## **Schlussredaktion**

pressto GmbH, Köln

## **Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe**

Alexander Lorber  
Daniel Mohr, IM NRW  
Thomas Jungbluth, LKA NRW  
Nadine Perske, LZPD NRW  
Andrea Schaub, PSK NRW  
Marco Schlüter, LAFP NRW  
Christoph Tappe, LAFP NRW

## **Grafische Gestaltung und Satz**

designiert® Corporate Design, Düsseldorf  
[www.designiert.de](http://www.designiert.de)

## **Druck**

jva druck und medien, Geldern  
Papier: Maxisilk

Die *Streife* erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus 6 mal im Jahr. Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion gesandt werden. An den abgedruckten Beiträgen behält sich die *Streife* alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.



Umschlagfoto: Jochen Tack

**Streife** wird herausgegeben vom  
Ministerium des Innern  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
<http://streife.polizei.nrw> /// ISSN: 0585-4202



**POLIZEI**  
Nordrhein-Westfalen